



EMPOWERED BY DEMOCRACY

Stärken. Bilden. Vernetzen.



Foto: Esteve Franquesa

Empowerment, Begegnung und Demokratie gestalten

Impulse aus dem Projekt „*Empowered by Democracy*“
für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft

Projektträger:



Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V.

Projektumsetzung:



Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke in der
Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB)



Arbeitskreis
deutscher Bildungsstätten e. V.
(AdB)



Bundesarbeitskreis
ARBEIT UND LEBEN,
DGB/VHS e. V. (AL)



Evangelische Trägergruppe für
gesellschaftspolitische Jugendbildung (et)



Verband der Bildungszentren
im ländlichen Raum e. V. (VBLR)

Inhaltsverzeichnis

- 03 Vorwort
- 04 Was politische Bildung zu Empowerment beitragen kann
- 10 Über „Empowered by Democracy“
- 14 Politische Bildung mit geflüchteten Jugendlichen: Die Abschlusskonferenz
- 37 Berichte aus der Praxis
- 44 „Empowered by Democracy“: Was nehmen wir mit?
- 51 Perspektiven der bundesweit aktiven Träger
- 55 Die Akteur*innen
- 58 Impressum

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

als die fluchtbedingte Zuwanderung 2015/2016 stark zunahm, sah sich die außerschulische politische Jugendbildung in der Verantwortung, die meist jungen Menschen bei ihrem Ankommen in Deutschland sowie in der Wahrnehmung ihrer Teilhaberechte zu unterstützen. Die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap“ (GEMINI) legte das übergreifende Projekt „*Empowered by Democracy*“ auf, um mit vereinten Kräften und innovativen Angeboten auf die besondere gesellschaftliche Situation zu reagieren.

Politische Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen war für die in der GEMINI organisierten Träger kein Neuland; in vielen Bildungseinrichtungen wurde sie seit langem erfolgreich praktiziert. Zudem verfügt die GEMINI über eine Infrastruktur von regel-finanzierten Einrichtungen und pädagogischen Fachkräften, die ländliche Räume ebenso wie urbane Zentren umfasst. Insbesondere um potenziell marginalisierte Jugendliche zu erreichen, sind dauerhafte, verlässliche und bedarfsgerechte Strukturen der Schlüssel zu einer nachhaltig wirksamen politischen Bildungsarbeit. Nur weil die Ausgangslage so war, wie sie war, konnten Jugendliche in ganz Deutschland in verschiedenen Formaten schon bald Antworten auf die grundlegende Frage „Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“ zu diskutieren beginnen.

Nach nahezu drei Jahren Projektlaufzeit ziehen wir im Herbst 2019 Bilanz und blicken auf vielfältige Begegnungen, spannende Diskussionen und gemeinsame Aktivitäten zurück. Rund 200 junge Teamerinnen und Teamer mit Fluchthintergrund haben an Qualifizierungen für die Bildungspraxis teilgenommen und werden künftig ihre Themen und Geschichten in die Praxis der politischen Bildung einbringen. Insgesamt konnten mit nahezu 250 Seminaren, Tagungen und anderen Bildungsveranstaltungen mehr als 5.600 Menschen erreicht werden. Rund 250 neue Kooperationen mit verschiedenen Trägern und Projekten sind entstanden, an die auch nach Ende des Projekts angeknüpft werden kann.

Die vorliegende Publikation trägt die wichtigsten Ergebnisse des Projekts zusammen und bietet praxisnahe Einblicke in eine politische Bildungsarbeit, die junge Migrant*innen als handelnde Subjekte stärkt, bildet und vernetzt. Sie möchte Anregungen für eine Bildungspraxis geben, die die Verwirklichung des Rechts auf demokratische Teilhabe aller jungen Menschen unterstützt.

Alle Beteiligten, ob mit oder ohne Fluchterfahrung, sind ein gemeinsames Stück Weg gegangen. Sie haben viel voneinander gelernt – und damit auch das Arbeitsfeld der politischen Jugendbildung weiterentwickelt. Wir danken ihnen herzlich für ihr Engagement, ihre Ideen und ihre Offenheit, sich auf das innovative Vorhaben „*Empowered by Democracy*“ einzulassen. Und wir sind zuversichtlich, dass sich die entstandenen Netzwerke und Allianzen als tragfähig erweisen, um auch künftig gemeinsam für die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland und Europa einzutreten.



Barbara Menke
Vorsitzende des Bundesausschusses
Politische Bildung e. V.



Hanna Lorenzen
Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe
für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Was politische Bildung zu Empowerment beitragen kann

Empowerment – dieser Begriff hat in zahlreiche Diskurse und Fachdebatten Einzug gehalten. Ursprünglich in der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung sowie der Frauenbewegung der 1960er- und 1970er-Jahre entwickelt, etablierte er sich in Deutschland besonders in der Sozialen Arbeit, in verschiedenen Bewegungen marginalisierter Gruppen sowie in Bereichen der Demokratieförderung (vgl. BMFSFJ 2016). Auch das bundesweite Projekt „*Empowered by Democracy*“ des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) hat die dahinterstehenden Konzepte aufgegriffen und im Kontext der politischen Bildung besonders für die Zielgruppe geflüchteter Jugendlicher nutzbar gemacht.

In den zahlreichen Empowerment-Konzepten und -definitionen geht es im Kern um Entwicklungsprozesse, in denen Menschen ihre Ohnmacht überwinden, sich ihrer Stärken bewusst werden, diese weiterentwickeln und ihr Leben zunehmend selbstbestimmt in die Hand nehmen (vgl. u. a. Can 2013; Herriger 2014). Empowerment findet zunächst durch den Erwerb von Orientierungswissen und Kompetenzen sowie durch die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Handlungsmotivation auf individueller Ebene statt. Ausgangspunkt sind dabei nicht die Defizite, sondern immer die Ressourcen und Stärken des Einzelnen.

Von einem kollektiven Empowerment spricht man, wenn Menschen sich zusammenschließen, sich über ihre Situation und ihre Interessen austauschen und gemeinsam aktiv werden, um Veränderungen in ihrem Lebensumfeld zu bewirken. Ein solches geht zusammen mit einem aktivierenden Verständnis von Politik und Öffentlichkeit und damit, dass vielfältige zivilgesellschaftliche Akteure ihre Anliegen in öffentliche Debatten einbringen können. Besonders in einer Migrationsgesellschaft verspricht ein solches Verständnis ein Mehr an Teilhabe und damit an Pluralität und demokratischer Qualität.

Damit ist das Konzept zum einen für die Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen interessant. Für eine heterogene, tendenziell prekarierte, machtarme Gruppe, die sich mit den psychischen und physischen Folgen ihrer Flucht im Gepäck in einer neuen Umgebung zurechtfinden muss, erscheinen Empowerment-Strategien als erfolgversprechender Weg zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit. Zum anderen ist der Ansatz für eine politische Jugendbildung attraktiv, die die Verwirklichung gleicher demokratischer Teilhabechancen für alle Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft unter dem Leitgedanken der Inklusion in den Blick nimmt. Er hilft, die Wissensbestände der politischen Bildung unter diesem Blickwinkel zu sortieren, um den aktuellen Anforderungen der Migrationsgesellschaft auf der Höhe der Zeit zu begegnen. Für eine so verstandene politische Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen bietet es sich also an, entsprechende Strategien einzubeziehen und mitzudenken.

Und: Auch wenn Empowerment zu demokratischer Teilhabe bei geflüchteten Jugendlichen wegen begrenzter Rechte und unsicherer Lebenssituationen Einschränkungen unterliegt, besteht Grund zu vorsichtigem Optimismus. Es gibt Handlungsspielräume – trotz alledem. Demokratische Teilhabe erschöpft sich nicht im Wahlakt, sondern verläuft in sich immer weiter ausdifferenzierenden Formen, die teilweise auch geflüchteten Jugendlichen offenstehen (vgl. Roth 2018, Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014).

Um Empowerment-Strategien für die politische Bildung nutzbar zu machen, sind Übersetzungsleistungen notwendig; unterschiedliches Vokabular bezeichnet oftmals Ähnliches. Dabei ist auch eine Auswahl zu treffen: Viele mögliche Wege zu mehr Selbstbestimmung – etwa Beratung, Psychotherapie, Selbsthilfe und Selbstorganisation – liegen außerhalb oder in den Grenzbereichen des Repertoires der politischen Bildung. Umgekehrt ist nicht jeder Ansatz der politischen Bildung in gleichem Maße geeignet für das Empowerment geflüchteter Jugendlicher. Es braucht also eine zielgerichtete politische Bildung für spezifische Elemente möglicher Empowerment-Prozesse.



Foto: Esteve Franquesa

Im Hinblick auf die Stärkung geflüchteter Jugendlicher zielt politische Bildung letzten Endes auf kollektive Teilhabeformen in Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft und somit auf kollektive Empowerment-Prozesse, zumeist in einem Gruppensetting. Kollektive Teilhabe hängt jedoch in hohem Maße von individuellen Voraussetzungen ab; individuelle und kollektive Stärkung sind untrennbar miteinander verbunden und verweisen aufeinander. Die politische Bildung kann mit ihren Angeboten individuelle wie kollektive Voraussetzungen für eine demokratische, menschenrechtsbasierte Teilhabe befördern und damit zu einem „Empowerment für die demokratische Zivilgesellschaft“ beitragen.



Foto: Sepehr Atefi

Ein wichtiger Grund dafür ist: Außerschulische politische Bildung kann für geschützte Räume sorgen, in denen junge Menschen frei ihre Meinung äußern können, ohne Anwesenheitspflicht und Leistungsbewertung – und ohne sich als Person rechtfertigen zu müssen. In einer ermutigenden, vertrauensvollen Atmosphäre können Teilnehmende eigene Stärken entdecken, sich Wissen aneignen, vernetzen und über politische Fragen austauschen. Auch fällt es ihnen häufig leichter, persönliche und/oder sensible Themen wie religiöse Überzeugungen oder Diskriminierungserfahrungen in solchen Settings anzusprechen.

Um solche geschützten Räume zu schaffen, braucht es Zeit für den persönlichen Beziehungsaufbau zwischen politischen Bildner*innen und Teilnehmenden von Bildungsangeboten. Im Hinblick auf das Empowerment der Teilnehmer*innen stellt die machtkritische Reflexion der eigenen Rolle eine wichtige Anforderung an politische Bildner*innen dar. Dies vorausgesetzt, bieten nonformale und informelle Lernsettings auch vermeintlich „unpolitischen“ Teilnehmenden die Möglichkeit, Erfahrungen im Sprechen über gesellschaftspolitische Themen zu sammeln. Sie stärken das Gefühl, „berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren, über die Autorität zu verfügen, um über Politisches in politischen Begriffen zu sprechen“ (Bourdieu 1982: 639 ff.).

Es geht um die Anerkennung von Jugendlichen als politische Subjekte, die trotz eventueller Fluchterfahrungen nicht nur schutzbedürftig, sondern auch handlungsfähig sind. Dieser Aspekt ist auch aus Gender- sowie aus rassismuskritischer Perspektive von Bedeutung. Im Projekt „*Empowered by Democracy*“ hat es sich für manche Gruppen und Themen als sinnvoll erwiesen, zunächst geschützte Räume für den Austausch nur unter Jungen, unter Mädchen oder unter Jugendlichen of Color anzubieten. Gleichzeitig können Maßnahmen der außerschulischen politischen Bildung gezielt Begegnungsräume schaffen für Jugendliche, die sich sonst im Alltag nicht begegnen. In beiden Settings können mit kreativen und/oder biografischen Methoden Diskriminierungen angstfrei thematisiert und Empowerment-Prozesse unterstützt oder in Gang gesetzt werden.

Die partizipations- und prozessorientierten Lernformen der außerschulischen politischen Bildung ermöglichen Selbstwirksamkeitserfahrungen, die das Vertrauen in die eigene Fähigkeit stärken, das Lebensumfeld mitzugestalten oder sogar verändern zu können. Es geht hier um psychologische Voraussetzungen von demokratischer Teilhabe: Selbstwertgefühl, Handlungskompetenz und Handlungsmotivation. Jungen Menschen, die neu in Deutschland sind, kann politische Bildung Wege in politische Handlungsfähigkeit eröffnen. Insbesondere „produktorientierte“ Maßnahmen, in denen beispielsweise Videos, Graffiti oder Theaterstücke entstehen, können in dieser Hinsicht einen guten Einstieg bieten.

Wichtig ist zudem: Auch die politische Bildung als Profession muss Selbstwirksamkeit und Teilhabe ermöglichen, indem sie Geflüchtete zu Multiplikator*innen der politischen Bildung ausbildet, sodass diese selbst Bildungsprojekte in ihrem Stadtteil, ihrer Schule oder ihrem Betrieb durchführen können. Daher wurde für „*Empowered by Democracy*“ die Idee handlungsleitend, dass die politische Bildung die Perspektiven Geflüchteter auf- und einnehmen muss, wenn sie die Verwirklichung des Rechts auf demokratische Teilhabe aller jungen Menschen befördern will. Der Einsatz politischer Bildner*innen mit Fluchterfahrung ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Welche Ansätze der politischen Bildung sind besonders geeignet, die Stärkung geflüchteter Jugendlicher zu unterstützen? Zentral ist Menschenrechtsbildung: Wer die Menschenrechte als durchsetzbares Recht kennt, kann selbstbewusster auftreten als mithilfe einer rein politischen oder gar moralischen Argumentation (zu den verschiedenen Dimensionen der Menschenrechtsbildung vgl. die Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -training aus dem Jahr 2011). Allerdings ist bei der Zielgruppe geflüchteter Jugendlicher ein sensibler und machtkritischer Umgang mit diesem Ansatz angebracht: Nicht wenige stehen einem unreflektierten Lob der Menschenrechtslage in Europa angesichts jährlich tausender Toter im Mittelmeer skeptisch gegenüber (vgl. Wrasse 2018: 33). Die Perspektive macht einen Unterschied – der in der Bildungspraxis aufgenommen und reflektiert werden muss, wenn diese ihre Glaubwürdigkeit nicht verspielen soll. Der notwendige positive Bezug auf die Menschenrechte könne „nicht durch Überwältigung, sondern nur durch offene Diskussionen und Reflexionen geschehen.“ (Reitz 2017: 54). Dieses Überwältigungsverbot entspricht dem ersten der drei Prinzipien der politischen Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens. Auch die beiden anderen – gesellschaftlich kontroverse Themen auch in Bildungsmaßnahmen kontrovers zu diskutieren sowie die Teilnehmenden in die Lage zu versetzen, politische Situationen und die eigene Interessenslage in Bezug auf politische Handlungsmöglichkeiten zu analysieren – sind notwendige Bestandteile eines Empowerments durch politische Bildung.

Eine politische Bildung mit Empowerment-Perspektive nimmt Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform umfassend und differenziert in den Blick. Orientierungswissen zu institutionalisierten demokratischen Prozessen ist auch ohne Wahlrecht ein Empowerment-Faktor. Komplementär wirken lebensweltlich orientierte Formate und Methoden, die einen demokratischen, respektvollen Umgang in Auseinandersetzungen um Fragen des Zusammenlebens im Alltag unterstützen. Hinzukommen müssen jedoch politische Kompetenzen (vgl. Hafener 2014), die ein auch für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft praktikables Engagement in der Zivilgesellschaft ermöglichen. Modellhafte Erfahrungswelten in Projekten, in Plan- und Rollenspielen sowie die Vermittlung von Kenntnissen über Engagementformen und Beteiligungsinstrumente können kollektive Prozesse anstoßen, die in Selbstorganisation und/oder reales politisches Handeln münden. Durch eine reflexive Begleitung dieses Handelns kann politische Bildung neue, reale Erfahrungswelten erschließen (vgl. Hoffmann 2016).

An dem Projekt „*Empowered by Democracy*“ haben auch in politischen Gruppen organisierte Geflüchtete teilgenommen, deren Erfahrungen die Seminardiskussionen bereicherten und die ihrerseits wichtige Impulse für ihre politische Arbeit mitnehmen konnten. Kooperation und Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Partnern wie Migrant*innen-selbstorganisationen oder Jugendverbänden ermöglichen professionsübergreifende Empowermentstrukturen für geflüchtete Jugendliche. Hier wird auch deutlich, dass die im Beutelsbacher Konsens formulierten drei Prinzipien aus Empowerment-Perspektive einer Ergänzung bedürfen: Politische Bildung muss Machtverhältnisse in den Blick nehmen und marginalisierte Positionen sichtbar machen, um eine höhere Pluralität in gesellschaftlichen Kontroversen bewirken zu können. Sie sollte Wege zur Gesellschaftsveränderung aufzeigen und dazu beitragen, die Potenziale junger Menschen im Sinne einer innovativen Weiterentwicklung von Zivilgesellschaft und Demokratie stärker zu nutzen.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2016): „Einen Gleichwertigkeitszauber wirken lassen...“. Empowerment in der offenen Kinder- und Jugendarbeit verstehen, Berlin. | Bertelsmann-Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh. | BMFSFJ (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Bonn. | Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. | Can, Halil (2013): Empowerment aus der People of Color-Perspektive. Reflexionen und Empfehlungen für die Durchführung von Empowerment-Workshops gegen Rassismus. Landesstelle für Gleichstellung – gegen Diskriminierung (Berlin) (Hrsg.). URL: http://www.eu-ecar.eu/fileadmin/redaktion/ecar/Dissemination/Empowerment_Webbroschuere_barrierefrei.pdf (letzter Zugriff: 17.07.2018). | Hafenecker, Benno (2014): Kompetenzen in der non-formalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, in: Journal für politische Bildung, Nr. 3, S. 34-41. | Hans-Georg Wehling (1977). In: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 179/180. | Heinrich-Böll-Stiftung/Heimatkunde: Empowerment-Dossier. URL: <https://heimatkunde.boell.de/dossier-empowerment> (letzter Zugriff: 17.07.2018). | Herriger, Norbert (2014): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, Stuttgart. | Hoffmann, Astrid (2016): Plädoyer für politisch nicht-neutrale Lehrende und die Förderung realen politischen Handelns. In: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens?, Bonn, S. 197-207. | Kleefeld, Esther (2018): Resilienz, Empowerment und Selbstorganisation geflüchteter Menschen. Stärkenorientierte Ansätze und professionelle Unterstützung, Göttingen. | Reitz, Sandra: Menschenrechtsbildung als Beitrag zu Empowerment und Solidarität. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.) (2017): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung, Schwalbach/Ts., S. 46-60. | Roth, Roland (2018): Gesellschaftliche Mitgestaltung durch demokratisches Engagement und Partizipation. In: Kenner, Steve/ Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung, Frankfurt/M., S. 229-244. | UN-Generalversammlung (2011): Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -ausbildung (UN-MRBT). A/RES/66/137. <http://www.un.org/depts/german/gv-66/band1/ar66137.pdf> (letzter Zugriff: 17.07.2018). | Wrasse, Eric (2018): Schizophren, realitätsfern und unglaubwürdig? Integrationspolitik und die Herausforderungen für die politische Bildung. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.: Außerschulische Bildung, Nr. 01/2018, Berlin, S. 31-34.

Über „Empowered by Democracy“

„Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“ – unter dieser Ausgangsfrage hat „Empowered by Democracy“ junge Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte eingeladen, sich in Seminaren und Workshops mit dem Zusammenleben in der Demokratie auseinanderzusetzen. Das Projekt förderte zudem den Austausch unter Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und neue Partnerschaften im Feld der politischen Jugendbildung. Geflüchtete Jugendliche wurden ermutigt und befähigt, Teamer*innen zu werden und selbst gewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten. Das Ergebnis: Junge Menschen mit Fluchthintergrund bereichern durch ihre vielfältigen Erfahrungen die demokratische Kultur in unserer Gesellschaft und ermöglichen neue Perspektiven und Lernerfahrungen.

In der Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Zusammenleben ergaben sich vielfältige Bezüge zu unterschiedlichen Themenkomplexen. In verschiedenen Formaten und Ansätzen diskutierten Teilnehmende mit und ohne Fluchterfahrung unter anderem Fragen rund um die Themen Demokratie, Geschlechterrollen in der Migrationsgesellschaft, Werte in der politischen Bildung, aber auch zu historisch-politischer Bildung und den Herausforderungen von sozialer Ungleichheit. Wir sind der Überzeugung, dass politische Bildung einen Beitrag zur Erweiterung der Teilhabechancen aller jungen Menschen in der Bundesrepublik leisten kann. Die aktive Wahrnehmung sowie Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten in Schule, Beruf, Kommune und Gesellschaft sind wichtige Voraussetzungen für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Im Rahmen von „Empowered by Democracy“ haben Mitgliedseinrichtungen der fünf an dem Projekt beteiligten Organisationen bundesweit innovative Ansätze und Formate erprobt und so gezielt Impulse für die fachliche Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung gesetzt. Auf Tagungen, in Fortbildungen mit weiteren Bildungspraktiker*innen und mit passenden Materialien wurden die vor Ort gewonnenen Erkenntnisse vielfach multipliziert. Auch künftig wollen wir dazu beitragen, dass die außerschulische politische Jugendbildung den Anforderungen der Migrationsgesellschaft zukunftsfähig mit einem breit gefächerten Angebot an qualitativ hochwertigen Bildungsseminaren begegnen kann. Hierzu ist eine weitere kontinuierliche diversitätsorientierte Entwicklung der Einrichtungen und Träger politischer Bildung nötig.



46

Einrichtungen der politischen Bildung waren am Projekt beteiligt

Rund **250** umgesetzte Bildungsmaßnahmen

4.400

erreichte Kinder und Jugendliche

75%

der Teilnehmenden an den Maßnahmen für Kinder und Jugendliche haben einen Flucht- respektive Migrationshintergrund

Über **1.200**

Fachkräfte haben an Tagungen, Vernetzungstreffen und Fortbildungen des Projekts teilgenommen

Rund

250

neue Kooperationspartner wurden im Projekt gewonnen, davon 50 Migrant*innen-selbstorganisationen



- 1 Stiftung wannseeFORUM, **Berlin**
- 2 aktuelles forum e. V., **Gelsenkirchen**
- 3 Alte Feuerwache e. V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße, **Berlin**
- 4 Europäische Jugendbildungs- & Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW), **Weimar**
- 5 Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V., **Bad Bevensen**
- 6 HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, **Potsdam**
- 7 Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V. (IBB), **Dortmund**
- 8 Jugendbildungsstätte LidiceHaus, **Bremen**
- 9 dock europe e. V., **Hamburg**
- 10 Bildungsstätte Bredbeck, Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz, **Osterholz-Scharmbeck**
- 11 Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V., **Papenburg**
- 12 ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V., **Drochtersen-Hüll**
- 13 Freizeitwerk Welper e. V., **Hattingen**
- 14 Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V., **Essen**

www.wannseeforum.de
www.aktuelles-forum.de
www.kaubstrasse.de



www.ejbweimar.de
www.gsi-bevensen.de
www.hochdrei.org
www.ibb-d.de
www.lidicehaus.de
www.dock-europe.net

www.neu.bredbeck.de

www.hoeb.de
www.abc-huell.de
www.freizeitwerk-welper.de
www.hu-bildungswerk.de

- 15 Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, **Stuttgart**
- 16 Akademie Klausenhof, **Hamminkeln**
- 17 Bonifatiushaus Fulda, **Fulda**
- 18 CAJ Deutschland e. V., **Essen**
- 19 Die Hegge - Christliches Bildungswerk, **Willebadessen**
- 20 Die Jugendakademie Walberberg, **Bornheim**
- 21 Haus am Maiberg, **Heppenheim**
- 22 Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus e. V., **Oerlinghausen**
- 23 Kolpingwerk Deutschland, **Köln**
- 24 Kommende Dortmund, **Dortmund**
- 25 Ludwig-Windthorst Haus, **Lingen**
- 26 Franz-Hitze Haus, **Münster**
- 27 Nell-Breuning Haus, **Herzogenrath**
- 28 Katholische-Arbeitnehmer-Bewegung KAB, **Köln**
- 29 Katholisch-soziales Institut, **Siegburg**
- 30 Heinrich-Pesch Haus, Katholische Akademie Rhein-Neckar, **Ludwigshafen**

www.akademie-rs.de
www.akademie-klausenhof.de
www.bonifatiushaus.de
www.caj.de
www.die-hegge.de
www.jugendakademie.de
www.haus-am-maiberg.de



www.st-hedwigshaus.de
www.kolping.de
www.kommende-dortmund.de
www.lwh.de
www.franz-hitze-haus.de
www.nbh.kibac.de
www.kab.de
www.tagen.erzbistum-koeln.de
www.heinrich-pesch-haus.de

- 31 ARBEIT UND LEBEN Bremen e. V., **Bremen**
- 32 ARBEIT UND LEBEN Bremerhaven e. V., **Bremerhaven**
- 33 ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS Mecklenburg-Vorpommern e. V., **Schwerin**
- 34 ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V., **Düsseldorf**
- 35 ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V., **Leipzig**
- 36 ARBEIT UND LEBEN Thüringen e. V., **Erfurt**

www.aulbremen.de
www.arbeitundleben-bhv.de



www.arbeitundlebenmv.de
www.aulnrw.de
www.arbeitundleben.eu
www.arbeitundleben-thueringen.de

- 37 Evangelische Akademie zu Berlin, **Berlin**
- 38 Evangelische Akademie Frankfurt, **Frankfurt/Main**
- 39 Evangelische Akademie Loccum, **Rehburg-Loccum**
- 40 Evangelische Akademie Meißen, **Meißen**
- 41 Evangelische Akademie der Nordkirche, **Rostock**
- 42 Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V., **Lutherstadt Wittenberg**
- 43 Evangelische Akademie Thüringen, **Neudietendorf**
- 44 Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e. V., **Nürnberg und München**
- 45 Evangelische Landjugendakademie e. V., **Altenkirchen**

www.eaberlin.de
www.evangelische-akademie.de
www.loccum.de
www.ev-akademie-meissen.de
www.akademie-nordkirche.de
www.ev-akademie-wittenberg.de
www.ev-akademie-thueringen.de
www.ejsa-bayern.de
www.lja.de



- 46 Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide, **Barendorf**

www.bto-barendorf.de



Politische Bildung mit geflüchteten Jugendlichen: Die Abschlusskonferenz

Im September 2019 begingen mehr als 100 Teilnehmer*innen im Berliner Jugendkulturzentrum „Pumpe“ das Finale von „*Empowered by Democracy*“. Der Titel der zweitägigen Veranstaltung: „Politische Bildung mit geflüchteten Jugendlichen. Konzepte. Perspektiven. Erfahrungen.“ „Wer kommt, will nicht passiv da sein, sondern mitwirken“ – mit diesen Worten erinnerte Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung und Geschäftsführerin des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN, daran, wie alles begann. Seit 2017 habe sich ein Strauß von Seminaren mit vielfältigen Methoden und in diversen Themenfeldern entwickelt, über den nun diskutiert werden sollte. Der Dank, dass diese „wertvolle Experimentierphase“ finanziell ermöglicht wurde, gelte dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Foto: Sepehr Atefi





Spotlights aus der Bildungspraxis

An vier Stationen zeigten politische Bildner*innen, unter ihnen eine Reihe neu ausgebildeter Teamer*innen sowie Teilnehmende von sieben Projekten, wie sie im Rahmen von „Empowered by Democracy“ gearbeitet, was sie erlebt, produziert und gelernt haben.

1. „Come as you are“ (Caya) Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin

Mythen, Märchen und Vorurteile über geflüchtete Menschen kursieren zu lange ungehindert durch unsere Atmosphäre – das ist die Ausgangshaltung der Jugendbildungsstätte Kaubstraße. Nahezu immer entfalteteten diese eine „rassistische, marginalisierende Strahlkraft und schaffen Bilder, die aufrichtigen Gesprächen im Wege stehen, die die Wahrnehmung von Kennenlern- und Inspirationschancen verhindern und letztendlich uns im konstruierten Wir und die Anderen halten“. Um diese Bilder zu dekonstruieren und Vorurteile abzubauen, brauche es Räume für Gespräche und Geschichten sowie gemeinsame Erfahrungen. Deswegen kommen in den Come-as-you-are-Seminaren in Berlin-Wilmersdorf Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zusammen. Wie das geht, demonstrieren die Projektleiter*innen anschaulich; statt Zuschauen ist Mitmachen angesagt. Bei einem Spiel, das Zombie heißt, bewegen sich alle Spotlight-Teilnehmenden, mal gehend, mal tanzend, durch den Raum und versuchen vor den anderen den einzigen freien Stuhl zu erreichen. Schnell wollen alle in Bewegung sein, also nicht einfach auf einem sicheren Platz sitzenbleiben und dem Leben um sich herum zuschauen. Am Ende wird Bilanz gezogen – und es kommt eine erstaunliche Menge an Erfahrungen zusammen: Es wurden Hemmungen abgebaut, man kam sich näher und wuchs bereits in der kurzen Zeit als Gruppe zusammen.

Bildungsreferentin Özlem Topuz berichtet, das Tanzspiel mute nur auf den ersten Blick einfach an: „Es ist ein Kooperationsspiel, es funktioniert nur, wenn eine Gruppe entsteht und sich alle in Bewegung setzen.“ So könne auf einfache Weise – und in mehrsprachiger Umgebung – erlebt werden, dass auch in der Demokratie gleichsam „jede und jeder seinen eigenen Tanz hat“ und Unterschiede Spaß machen können, wenn einer langsamer ist oder verrückt tanzt. Topuz: „Es gibt Unterschiede zwischen uns, und dennoch finden wir uns in Gemeinsamkeiten.“ Das zu vermitteln sei ein wesentliches Ziel von Caya – das ankomme: „>Menschen sind unterschiedlich und das ist voll ok< – genau so beschreiben junge Teilnehmende uns.“ Inhaltlich gehe es darum, politische Bildung begreifbar und erlebbar zu machen. Hozaifa Khalaili, der 2017 als Teilnehmer kam und heute Teamer ist, sagte, wichtig sei auch zu vermitteln, dass auch Menschen, die nicht wählen dürften, etwas tun könnten – sich in sogenannten Ausländerbeiräten engagieren zum Beispiel.



Foto: Sepehr Atefi

2. „Wege, Ankommen & Bleiben?“, „Demokratie & Teilnahme“, „Let´s talk about our interests“

ARBEIT UND LEBEN Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen

An der zweiten Station präsentierten drei ARBEIT UND LEBEN-Teams ihre Spotlights: Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen.

Das Thüringer Team bietet einen Rundgang zu vier Ergebnissen seines Projekts „Wege, Ankommen und Bleiben?“ an. Als Erstes geht es zu Samantha Font-Sala und Jaber Alhaj Henedy. Die politische Bildnerin und der 25-jährige Projektteilnehmer und zukünftige Teamer empfangen die Besucher*innen vor einer kleinen Fotoausstellung, deren Motive geflüchtete Jugendliche bei Exkursionen aufgenommen haben. Zu jedem Foto lesen sie selbstgeschriebene Texte dazu vor, was die Jugendlichen auf ihren Fahrten erlebt haben. Unter anderem erkundeten sie in Duisburg ein ehemaliges Hütten-Gelände und das angeblich „ärmste Viertel Deutschlands“; in Berlin besuchten sie die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee und eine Ausstellung jüdischer Fotografen. An der nächsten Station liegt ein zehneitiges Buch im DIN-A3-Format mit Fotos aus der Gedenkstätte Buchenwald aus, ebenfalls kombiniert mit Texten. Es zeigt auf beeindruckende Weise, wie intensiv sich die Jugendlichen mit dem Leid der KZ-Häftlinge und dem nationalsozialistischen Terror auseinandergesetzt haben. Auch die Texte, die sie für das Buch geschrieben haben, berühren. Manche fühlten sich an den Krieg in ihrer Heimat erinnert, andere fragten, wie es angesichts dieses Ortes „noch Menschen geben kann, die an den Vorstellungen dieses Systems festhalten“. Anschließend erwartet die Spotlight-Besucher*innen ein Tisch mit einem Notebook. Auf dem Bildschirm läuft eine Umfrage, die geflüchtete Jugendliche für das Bürgerradio Radio F.R.E.I. in Erfurt gemacht haben. Das Thema: „Wie oft kommt das Thema Geflüchtete in Ihrem Alltag vor?“. Die Antworten reichen von „täglich“ bis „sehr selten“. Insgesamt, erzählt der künftige Teamer Huzeyfe Birdal, hätten alle Passant*innen positiv auf die Umfrage reagiert.

Nach der Umbaupause übernimmt ARBEIT UND LEBEN Mecklenburg-Vorpommern. Der Titel ihres Projekts: „Demokratie & Teilnahme“. Während vier jugendliche Geflüchtete deutsche Besucher*innen interviewen, demonstriert der 34-jährige Belal Alibrahim drei Methoden, die er bei seiner Ausbildung zum politischen Bildner kennengelernt hat. Als Erstes bittet er die Besucher*innen, ein Spalier zu bilden und die Hände so zu heben, dass er einen Zollstock auf die Zeigefinger legen kann. Dann geht es gemeinsam – unter viel Gelächter – in die Hocke. Bei der zweiten Methode stellt sich Alibrahim, der bis zu seiner Flucht aus Syrien als Lehrer gearbeitet hat, vor eine Weltkarte und ermuntert die Gruppe, Fragen zu stellen. Am Ende wissen die Besucher*innen, dass „Gewalt gegen Kinder und Frauen“ ein wichtiges Thema für ihn ist und dass er in Syrien „kein Interesse an Politik“ hatte, weil „Politik immer mit Druck verbunden war“. Zum Schluss seiner Methoden-Demonstration wechselt Alibrahim zu einem Flipchart, auf das er ein Schiff gemalt hat, neben dem ein Flüchtlingsboot und ein Rettungsring schwimmen. Diesmal sollen die Besucher*innen mit Post-it-Zetteln markieren, wo sie sich und ihre Rolle verorten. Ein Projektleiter aus der Gruppe klebt seinen Zettel dorthin, wo er die Kombüse vermutet. Seine Erklärung: „Alles muss laufen und alle müssen was abbekommen.“ Eine Teilnehmerin verortet sich als „Funkerin“, weil ihre Hauptaufgabe darin bestehe, „zu reden, zu kommunizieren und zu vernetzen“.

In der dritten Spotlight-Runde reflektiert die Bildungsreferentin Grete Schläger von ARBEIT UND LEBEN Bremen den Lernprozess, den sie und ihre Kolleg*innen bei dem Projekt „Let’s talk about our interests“ durchlaufen haben. In dessen Rahmen haben Teamende mit und ohne Fluchthintergrund ein Schuljahr lang einen Tag pro Woche mit je bis zu 15 Schüler*innen aus Sprachlernklassen von zwei beruflichen Schulen gearbeitet. Das Ziel: „Die Jugendlichen in ihrem Ankommen unterstützen, sie für die Vielfältigkeit und Widersprüche einer demokratischen Gesellschaft sensibilisieren, Teilhabe ermöglichen“. Dabei hätten sie festgestellt, dass es kaum Methoden für mehrsprachige Gruppen ohne „Brückensprache“ gebe. Im Rahmen einer Fortbildung haben sie daher mit externen Expert*innen Methoden der politischen Jugendbildungsarbeit kritisch reflektiert und so überarbeitet, dass sie in mehrsprachigen Gruppen eingesetzt werden können. Unter anderem hätten sie einfache Sprache benutzt und den Jugendlichen Satzanfänge als Formulierungshilfen an die Hand gegeben, außerdem wurde die Herkunftssprache der Jugendlichen in die Arbeit einbezogen. Zentral sei auch zu visualisieren, etwa indem man wichtige Begriffe auf Karten schreibe. Abschließend überreicht Grete Schläger den Besucher*innen eine sprachensible Überarbeitung der „Werteauktion“-Methode. Ihr Fazit: „Politische Bildung mit Nicht-Muttersprachler*innen sollte immer auch Sprachbildung sein.“ Und: „Nicht die Teilnehmer*innen, sondern die politische Bildung muss sich verändern!“



Foto: Sepehr Atefi

3. „Jugendliche aktiv gegen Vorurteile“ Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e. V., Evangelische Jugend Nürnberg

„Aktiv gegen Vorurteile“ – damit kann man nicht nur eine Bühne, sondern ein mehrjähriges Projekt füllen. Die Veranstalter*innen haben Graffiti mitgebracht, die das Motto ihrer Zusammenarbeit auf die eine oder andere Weise ins Zentrum stellen. Vorgestellt wird das Projekt von Vanessa und Varinia Bulut, zwei 22-jährigen Nürnbergerinnen. Die Schwestern stellen gemeinsam mit weiteren Projektteilnehmer*innen außer den Graffiti auch ein Theaterstück und einen Film vor; Letzterer zeigt eindrücklich, wie sich die Jugendlichen theater- und medienpädagogisch mit Themen von Vorurteilen bis Zivilcourage auseinandersetzen. Er soll auch als „Sprachrohr“ dienen und anderen jungen Menschen Mut machen, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren.

In dem hier beschriebenen Spotlight werden Graffiti bzw. Bilder besprochen, darunter eines, das zwischen vielen gelben ein braunes Gummibärchen zeigt, sowie eines mit dem Slogan „Fuck the easy Way!“. Die junge Teilnehmerin mit Fluchthintergrund, die es erstellt hat, sagt, sie habe ausdrücken wollen, dass man es sich nicht einfach machen und alle in eine Schublade stecken solle, sondern sich besser kennenlernen muss. Als die Besucher*innen gebeten werden, auf Karten zu schreiben, was sie selbst gegen Vorurteile tun können, kommt vieles zusammen: „Hinterfragen, begegnen, reflektieren“, „Menschen kennenlernen“, „Sich selbst und andere hinterfragen“, „Meine Meinung sagen, für andere einstehen“, „Gesicht zeigen“, „Widersprechen“, „Unterstützung holen“.

Die Gruppe erzählt zudem, wie lange sie schon zusammenhält. In den Osterferien 2017 kamen 20 Jugendliche, unter ihnen unbegleitete geflüchtete und in Deutschland sozialisierte, die mit der Jugendhilfe in Kontakt stehen, zu einem viertägigen Workshop zusammen. Es entstanden Graffiti, ein Theaterstück, zwei Kurzfilme. „Dann dachten wir, das war es – aber die Gruppe wollte zusammenbleiben“, erinnert sich Dorothee Petersen, Referentin für gesellschaftspolitische Jugendbildung bei der Evangelischen Jugend Nürnberg (ejn). Wie engagiert sie weitermachen möchte, wird nochmals deutlich, als die Gruppe am Folgetag einen Workshop zum Thema „Wie weiter?“ ins Leben ruft.

4. „Werde Teamer*in!“, „Wir sind hier – Making Heimat“

An der 4. Station führten zwei Träger ihre Arbeit vor: das Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath (NRW) und die Evangelische Akademie zu Berlin.

■ **Werde Teamerin** | Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath

In dem Spotlight „Werde Teamer*in“ steht eine heterogene Gruppe im Raum. Sie sind zwischen 18 und 37 Jahre alt, haben Fluchterfahrung oder sind in Deutschland geborene Kinder von Migrant*innen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die „Qualifizierungsreihe NRW zu Teamer*innen der politischen Bildung“ der Projektträger ARBEIT UND LEBEN, Nell-Breuning Haus und Freizeitwerk Welper durchlaufen haben. Nach Berlin gekommen sind fünf von 19 Teilnehmer*innen. Im Schnelldurchlauf beschreiben sie die vier Module ihrer Schulung.

Der aus Syrien geflüchtete Mohammad Meselmani erinnert an das erste Wochenende. „Dieser teambildende Teil war sehr wichtig“, sagt er. In diesem ersten Modul fassten die Teilnehmer*innen Vertrauen zueinander und lernten Grundlagen des politischen Systems Deutschlands. Was bedeutet eigentlich Demokratie? „Darüber mehr zu erfahren, war für mich die größte Bereicherung“, so Mohammad. Das zweite Modul, vorgestellt von Anas Altroudi Azzam, vermittelte den angehenden Teamer*innen Methoden, mit diversen Gruppen zu arbeiten: Dazu gehörten auch Strategien zur Konfliktbewältigung sowie das Einüben von Toleranz und Verständnis für andere Lebensweisen. „Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, als Teamer neutral zu bleiben und nicht anderen meine Meinung aufzuzwingen“, betont Azzam und lieferte gemeinsam mit den anderen Teamer*innen den Beleg dafür, als sie eine von ihnen erarbeitete Übung zu Akzeptanz und Toleranz durchspielten. Alle im Raum suchten sich aus einem Stapel ein Foto heraus: Zwei sich küssende Männer, eine ältere Frau beim Pfandsammeln, ein Mann mit Nazigruß, aber auch glückliche Paare verschiedener Hautfarbe sind unter anderem auf ihnen zu sehen. Dann werden die Bilder auf dem Boden auf einer Bewertungsskala abgelegt und ihre Einordnung kommentiert. Der Nazigruß landet auf dem doppelten Minus, das interkulturelle Paar auf dem doppelten Plus. Interessant: Ein zweiter Durchlauf mit einer anderen Gruppe führt bei einigen Fotos zu abweichenden Einordnungen. „Jeder interpretiert die Bilder anders“, beobachtet Teamerin Emine Erdogmus. Im dritten Modul stand die praktische Anwendung auf dem Plan: Wie gestaltet man ein Seminar, wie vernetzt man sich mit anderen Akteuren der politischen Bildungsszene? Die Teamer*innen hospitierten bei Bildungsträgern und erarbeiteten jeweils ein Projekt, das sie in einem vierten Modul präsentierten. Alle sind nun Teamer*innen der politischen Bildung.

■ **„Wir sind hier – Making Heimat“** | Evangelische Akademie zu Berlin

Das Spotlight beginnt mit einer interaktiven Geschichtsstunde, angeleitet von dem aus Syrien geflüchteten Teamer Ahmad Alkridi. Er verteilt 30 DIN-A4-Blätter. Die Hälfte zeigt Fotos aus der Geschichte Syriens, die anderen 15 eine Jahreszahl, die es zuzuordnen gilt. Mit einem Blatt vor der Brust wandern die Teilnehmer*innen umher und suchen ihr Pendant: So manches Mal gelingt dies erst nach Nachfragen und mit Hilfe der Nachbar*innen. Am Ende der Übung stellen sich die Teilnehmer*innen zu einem Zeitstrahl entlang von Daten der syrischen Geschichte auf, die von der Machtergreifung durch Hafiz-al-Assad 1970 bis zu einer Demonstration gegen das Regime seines Sohnes Baschar al-Assad 2018 reichen. Teamer Ahmad Alkridi ordnet ein, erklärt Hintergründe und ergänzt Details zu den Bildern. Auch für einige Besucher*innen des Spotlights ist das Gezeigte Teil ihrer Biografie. „Auch meine Stadt war damals betroffen“, kommentiert ein junger Teilnehmer aus Syrien ein Bild des Giftgas-Angriffs auf Damaskus im Jahr 2013. Die lebendige Vermittlung syrischer Geschichte hatten die Teamer*innen in einem Workshop entwickelt, den Dr. Claudia Schäfer von der Evangelischen Akademie zu Berlin vorstellte. „Making Heimat“ war die zweite von drei aufeinander aufbauenden Qualifizierungsmaßnahmen für Peer-Trainer*innen mit Fluchthintergrund. Im ersten Modul „Wir sind hier“ hatten 35 junge Menschen mit Fluchterfahrung ein Wochenende lang über Empowerment-Ansätze, Alltagsrassismus und Diskriminierungserfahrungen diskutiert. Im Rahmen von „Making Heimat“ entwickelten sieben von ihnen eigene Workshop-Angebote, unter anderem die Übung mit dem Zeitstrahl. Diese eignen sich gut als Einstieg in eine Veranstaltung, so Schäfer, da sie zwei Ziele verbinde: Die Teilnehmer*innen erfahren mehr über die Geschichte der Heimatländer von Geflüchteten und kommen zugleich miteinander ins Gespräch. Das dritte Modul – „Making Heimat goes Europe“ – bestand abschließend aus einer viertägigen Konferenz. Auf ihr tauschten geflüchtete Jugendliche aus sechs europäischen Ländern ihre Erfahrungen aus.

Im Anschluss gab Schäfer der Runde Tipps mit auf den Weg: So könne es zu besseren Ergebnissen führen, den Kreis der Teilnehmer*innen auf junge Menschen mit Fluchtgeschichte zu begrenzen und so einen „Safer Space“ zu bieten. Darüber hinaus sei es sinnvoll, eine*n Kolleg*in mit Fluchterfahrung in die Planung und Durchführung einzubeziehen. Schäfer betonte, wie wichtig es war, die Teilnehmer*innen bei der Umsetzung ihrer Workshop-Ideen mit einem Einzelcoaching zu unterstützen.



Foto: Sepehr Atefi



Auf die Spotlights folgt ein Fishbowl

Als die Teilnehmer*innen in den Saal zurückkehren, kommen sie in eine kleine Arena. In der Mitte warten fünf Stühle auf die Fishbowl-Diskutant*innen, drum herum ist Platz für die Zuhörer*innen.

Den Anfang machen zwei junge Frauen und drei junge Männer. Moderator Mark Medebach, Projektkoordinator bei „*Empowered by Democracy*“, formuliert die Einstiegsfrage bewusst sehr offen: „Was macht uns stark für die Teilhabe an einer lebendigen Demokratie?“ Als Erstes müsse man verstehen, was Demokratie sei, meint einer der Teilnehmer, dafür brauche es „passende Angebote für genau definierte Zielgruppen“. Sein Nachbar hält diesen Ansatz für falsch. Demokratie lasse sich nicht genau definieren. Außerdem seien die Begriffe zu alt, mit denen man über Demokratie spreche. „Es braucht neue Bedeutungen“, fordert er. Als nächstes ergreift eine der beiden jungen Frauen das Wort. Sie erweitert die Einstiegsfrage um „Was macht die Demokratie kaputt?“ Ihre Erfahrung in Deutschland sei, dass junge Menschen oft „Ohnmachtserfahrungen“ machten. Ihr Vorschlag: „Die Leute müssen merken, dass sie etwas erschaffen – beispielsweise einen Text oder ein Theaterstück – und Resonanz bekommen.“ Außerdem sei wichtig, dass man zuhöre und Menschen die Chance gebe, zu ihrem Standpunkt zu stehen, ergänzt ein anderer, denn: „Jeder hat das Recht, etwas zu sagen und seine Meinung zu äußern.“ Ein politischer Bildner regt an, die Frage der Verantwortung anders zu stellen. Statt zu schauen, wie man sich selbst stärken könne, müsse die Gesellschaft Demokratie so gestalten, dass alle die Chance hätten, sich einzubringen. Daran knüpfen mehrere eingewechselte Diskutant*innen an. Unter anderem nennen sie den Zugang zu Bildung sowie Mehrsprachigkeit in der Bildung als zentral, um Menschen Teilhabe an der Demokratie zu ermöglichen.

Medebach nutzt diesen Gedanken für eine neue Frage: „Was heißt es für die politische Bildungsarbeit, wenn wir den Auftrag beherzigen, alle müssen teilhaben und wir müssen mehr Zugänge zu Bildung schaffen?“ Hier wünschen sich die Teilnehmer*innen ganz allgemein mehr politische Bildung. Eine junge Frau fordert, dass die Projekte in die Schulen gehen müssten. Ein syrischer Teamer schlägt „Sommercamps für alle“ vor, „statt Flüchtlinge in Integrationskurse zu stecken“. Außerdem kritisiert er die Dreigliedrigkeit deutscher Schulen und die starre Haltung der Behörden, wenn es um Abschlüsse geht. Ein anderer fordert, die Programme stärker auf unterschiedliche Zielgruppen zuzuschneiden, denn: „Demokratie ist schwierig zu verstehen“ Bei allem Lob für die politische Bildung sieht er außerdem auch Grenzen. Er selbst stecke seit vielen Jahren in einem schwebenden Asylverfahren. „Da ist es sehr schwierig, an der Demokratie teilzunehmen.“



„Alle an einem Tisch – Erfahrungen teilen, voneinander lernen“

Am Abend kam man zum feierlichen Beisammensein zusammen. „Alle an einem Tisch, das passt gut zu der Leitfrage ›Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammen leben?‹“ – so begrüßte Barbara Menke die Gäste. Für die der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung obliegende Gesamtkoordination warf Hanna Lorenzen, Bundestutorin für politische Jugendbildung, einen Blick zurück: „Unter dem Eindruck des Zuzugs vieler junger Geflüchteter vor vier Jahren stand für uns fest: Wir wollen und müssen da aktiv werden.“ Nun sei man stolz und glücklich, ein „starkes Netzwerk der Praxis“ entwickelt zu haben. Lorenzen hob hervor, dass geflüchtete junge Menschen jetzt selbst Teamer*innen seien, die ihre „Erfahrungen, Pläne und Ideen“ einbrächten. „Eure Mitarbeit in der politischen Bildung macht uns stärker“, so Lorenzen mit Blick auf die zahlreich im Publikum sitzenden Neuteamer*innen. Und: „Es gibt hoffentlich in Zukunft viele Gelegenheiten, politische Bildung gemeinsam nachhaltig und diverser zu gestalten.“



Foto: Sepehr Atefi

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) war durch Staatssekretärin Juliane Seifert vertreten. Sie betonte die Bedeutung politischer Bildung für Demokratie und dankte den Anwesenden: „Mit ›Empowered by Democracy‹ engagieren Sie sich für unser Miteinander.“ Besonders würdigte Seifert das Engagement der geflüchteten jungen Menschen, die „ihre eigene Meinung eingebracht und vertreten haben – und das in einer Sprache, die sie erst vor kurzem gelernt haben“. Gleichzeitig wünschte sie den Neuteamer*innen, dass sie viele Menschen mit dem Gelernten erreichten. Die Demokratie sei unter Druck; Gewalt und Hetze nähmen zu. Da sei wichtig, deutlich zu machen, „dass die Mehrheit der Gesellschaft das nicht möchte“. Seifert betonte, das Ministerium wolle weiterhin dazu beitragen, „dass das Zusammenleben in unserer Einwanderungsgesellschaft funktioniert“. Ihre Rede endete mit dem Appell: „Ich wünsche mir, dass Sie den Schwung, die Motivation und die Freude mitnehmen und vielleicht auch noch andere anstecken und dass dann das Projekt – auch wenn es einerseits endet – weiter lebt“.

In der folgenden Diskussion hatten alle auf der Bühne einen Flucht- oder Migrationshintergrund und beschäftigten sich haupt- oder ehrenamtlich mit politischer Bildung und der Frage, wie Zusammenleben in der Demokratie gelingt. Der Moderator Michel Abdollahi, der vor 30 Jahren aus dem Iran nach Deutschland kam, diskutierte mit ihnen, wie eine politische Bildung mit allen und für alle aussehen kann. Geflüchtete, bestätigte Asem Alsajjare, Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, „möchten teilnehmen und sich engagieren. Und es ist immens wichtig, dass sie die Rechte und Pflichten von Menschen in dieser Gesellschaft kennen“. Es bleibe die Frage, mit welcher Ansprache man sie für politische Arbeit gewinne. Erklärtes Ziel sei, dass „in absehbarer Zeit auch Leute wie wir bei den Landtags- oder Kommunalwahlen wählen und gewählt werden“. Ahmad Alkridi, Teamer der politischen Jugendbildung, berichtete von guten Erfahrungen damit, die Zielgruppe im Wortsinne „da abzuholen, wo die Menschen sind“. Er sei in Unterkünfte gegangen, in denen geflüchtete Jugendliche leben, und hätte sie sowohl über ihre Rechte informiert wie auch gefragt, wie sie sich politische Bildung wünschen.

Bei den Schwestern Kinda und Jouda Muhsen hat eine solche – oder ähnlich niedrigschwellige – Ansprache ganz offenbar gewirkt: „Ich war am Anfang gar nicht politisch. Nun bin ich sehr aktiv“, erzählte Kinda Muhsen. Besonders engagiert sei sie zum Thema Rassismus: „Zu lernen und vermitteln, wie man mit rassistischen Aussagen umgeht, ist mir sehr wichtig. Rassismus ist keine Meinung.“ Joudi Muhsen, ebenfalls Teamerin, wünschte sich mehr Fortbildungen: „Wir brauchen mehr Qualifizierungsreihen und Seminare – weil sie demokratische Prinzipien vermitteln.“ Özlem Topuz, Projektkoordinatorin in der Jugendbildungsstätte Kaubstraße, gab ein starkes Statement ab. Es galt Hozaifa Khalaili und Wael Bisher, die 2017 als Teilnehmer in die Kaubstraße kamen und heute Teamer sind. „Wenn ich solchen jungen Menschen begegne, schöpfe ich wieder Hoffnung“, so Topuz.



Foto: Sepehr Atefi

Anschließend berichteten Hozaiifa Khalaili und Wael Bisher von dem Projekt „Caya“. Zusammen mit den Teilnehmer*innen hätten sie Theater- und Filmworkshops veranstaltet und eine Radiosendung gemacht, aber auch Tango getanzt und zu politischen Themen gearbeitet. Das Motto: „Wir haben geguckt, was denen am Herzen liegt, und das haben wir gemacht.“ Dabei seien sie auch auf schwierige Themen eingegangen. Heute trafen sie sich auch außerhalb des Projekts. „Wir haben quasi eine Familie gegründet.“ Über seine eigene Entwicklung sagte Hozaiifa Khalaili: „Zu sehen, erst warst du Teilnehmer und jetzt bist du Teil des Projekts, das war wichtig.“

Auch der 21-jährige Qassim Alhumayyer, der vor vier Jahren aus Syrien kam und heute Seminare in der Jugendakademie Walberberg in Bornheim leitet, erklärte, dass die politische Bildung viel für ihn getan habe. Anfangs habe er in großer finanzieller und rechtlicher Unsicherheit gelebt und vor vielen bürokratischen Hürden gestanden. In dieser Situation sei es wirklich Empowerment gewesen, dass er nach einem Jahr ein Seminar mitleiten konnte. Außerdem habe ihn die politische Bildung bei der Identitätsfindung unterstützt: „Was will ich hier machen? Wie will ich politisch leben? Wo sind meine Grenzen?“ Schließlich habe er durch die Seminare auch Meinungen zu verschiedenen Themen entwickelt und Ideologien hinterfragt. „Das ist wichtig, damit wir Ideologien bekämpfen und Demokratie gestalten.“ Moderator Michel Abdollahi beendete den offiziellen Teil des Abends mit einem Aufruf, rechten Tendenzen entgegenzutreten, „damit Deutschland ein wundervoll gastliches Land bleibt“. Dazu, so Abdollahi, müsse man sich nur an eine kleine Regel halten: das Grundgesetz. „Dann klappt alles wunderbar!“

Der zweite Tag begann mit einer Workshop-Phase. Unter dem Motto „Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft gestalten“ debattierten die Teilnehmenden, die am Tag zuvor Einblicke in Projekte und Methoden bekommen hatten, über zentrale Herausforderungen, und darüber, wie es nach dem Abschluss von „*Empowered by Democracy*“ weitergehen kann.

1. „Empowerment und politische Bildung weiter denken“ Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin

Die Jugendbildungsstätte Kaubstraße geht auch am zweiten Tag sogleich in die Praxis – in einer Sprache, die nur der Gastgeber spricht. In fließendem Portugiesisch fordert der Bildungsreferent João Albertini die Besucher*innen beim Hineinkommen auf, ihre Jacken abzulegen und sich auf einen der in einer langen Reihe aufgestellten Stühle zu stellen. Erstaunlich reibungslos stehen nur wenig später 18 Menschen immer abwechselnd mit Blickrichtung gen Fenster und zur gegenüberliegenden Rückwand auf den Sitzflächen der Stühle. Dann werden sie, weiterhin in Portugiesisch, aufgefordert, sich ohne die Stühle zu verlassen, in der Reihenfolge ihrer Vornamen von A bis Z aufzustellen. Erst hier – und das hat mit Sprache gar nichts zu tun – wird es kompliziert: Der aus Brasilien stammende Bildungsreferent macht deutlich, dass jedes Mal, wenn beim Aneinander-vorbei-Balancieren eine*r vom Stuhl absteigen muss, alle zurück auf den Boden gehen und wieder ganz von vorn beginnen. Schritt für Schritt, und das im Wortsinne, lernen die Teilnehmenden: Ohne gegenseitige Hilfestellung geht es nicht. Nach fast einer halben Stunde (!) ist es geschafft: Jede und jeder sagt den eigenen Namen; die Reihenfolge passt.

Wie schon am Vortag hilft auch hier die anschließende Reflexion: „Was soll das, warum habe ich das gemacht?“, fragt João Albertini: „Damit wir in Kontakt kommen“, sagt eine, ein anderer ruft „Zusammenarbeit und Unterstützung“ in den Raum, ein dritter „Um zu zeigen, dass Sprache gar nicht wichtig ist, weil man sich trotzdem versteht“. Genau, antwortet Albertini, die Sprache sei ein wichtiger Punkt – allerdings auch noch in anderer Hinsicht: „Wichtig war mir auch, ein Machtverhältnis deutlich zu machen: Das ist hier mein Raum, ich spreche, was ich will. Anders gesagt: Wer das Sagen hat, bestimmt, was gesprochen wird.“ Außerdem sei ein zentrales Ziel dieser Übungen, Solidarität zu erreichen – in der Gruppe auf den Stühlen ebenso wie im großen Ganzen, in der Gesellschaft. Dazu gehöre auch, dass nicht undenkbar gewesen wäre, dass die Gruppe sich untereinander solidarisiert hätte und das Spiel beendet, weil sie keine Lust hatte, vor einem Gruppenleiter auf Zuruf über Stühle zu tänzeln. Auch das Erleben von Scheitern und der damit verbundenen Frustration wie auch anschließender Fortschritt sei wichtig.

Bei der Erprobung von Methoden, das wird auch sehr deutlich, hat die Jubi Kaubstraße viele Erfahrungen gesammelt. Schon seit Beginn 2016 bringt sie junge Menschen mit und ohne Fluchterfahrung unter dem Motto „Come as you are“ zusammen. Ziel ist immer, einen Raum zu schaffen für das Kennenlernen und den Austausch zwischen Menschen, die neu in Berlin leben und solchen, die schon länger da sind. Geeignete Spiele – Kennenlernspiele, Bewegungs- oder Rythmusspiele – zu entwickeln und auch unter Multiplikator*innen, die sich für Geflüchtete engagieren oder es demnächst vorhaben, zu verbreiten, war immer ein Schwerpunkt. Albertini brachte auch das Thema auf, dass man viel gelernt und entwickelt habe, viele Menschen, unter ihnen viele geflüchtete, auch private Zeit investiert hätten – „*Empowered by Democracy*“ aber auslaufe: „Wie ist die Perspektive? Wie wird das – auf Augenhöhe – weiterentwickelt?“



Foto: Sepehr Atefi

2. „Geschlechterrollen, Macht, Migration“ ARBEIT UND LEBEN Berlin, ARBEIT UND LEBEN NRW

Aufwachen im anderen Geschlecht; im Kino beginnen so zuweilen Komödien. Im richtigen Leben kann die Vorstellung des sogenannten Bodyswitch zum Nachdenken über Geschlechterrollen anregen: „Es geht darum, Ideen, die noch eine Utopie sind, gemeinsam zu entwickeln“, erklärt Maria Wigbers von ARBEIT UND LEBEN NRW in dem Workshop „Geschlechterrollen, Macht, Migration“, den sie mit Julia Kuba (ARBEIT UND LEBEN Berlin) und Ronj Abozr (ebenfalls ARBEIT UND LEBEN NRW) leitet. Beispielhaft spielen die politischen Bildnerinnen mit der Gruppe zwei kreative Methoden durch, die den Blick auf Macht, Geschlechterrollen und Identitäten schärfen sollen. Dazu bitten sie die Teilnehmer*innen zunächst, Vorbilder für ihre eigene Geschlechterrolle zu benennen. Nach Diskussionen in kleinen Runden präsentiert die aus geflüchteten und nicht-geflüchteten Jugendlichen bestehende Gruppe ihre Entscheidungen. Ein 16-jähriger mit jordanischen Wurzeln wählt seine Eltern in ihren jeweiligen traditionellen Rollenbildern. Er schöpfe aus beiden, könne wie seine Mutter einen Haushalt führen und sich eine Karriere wie sein Vater aufbauen. Dass auch Mütter ihren Kindern als Vorbilder die Welt eröffnen können, berichtet eine 24-Jährige, als Kind aus dem Irak geflohene Kurdin. Ihre Mutter kam 1999 allein mit ihren drei Töchtern nach Deutschland und erzog sie alle zu selbstbestimmten, erfolgreichen Frauen. „Sie hat uns so viel mit auf den Weg gegeben.“

Im Anschluss werden die Teilnehmer*innen im Rahmen der Bodyswitch-Methode aufgefordert, sich vorzustellen, als Mann, Frau oder auch jenseits der binären Geschlechterzuschreibungen aufzuwachen. Für alle Identitäten zwischen männlich und weiblich wählt die Gruppe den Begriff Mensch*. Die Aufgabe: Welche Vor- und Nachteile hätte der Geschlechterwechsel? Mit dieser Leitfrage beugen sich die Teilnehmer*innen über auf dem Boden liegende Blätter mit den drei Kategorien und notieren Antworten. Ein junger Syrer mit Fluchthintergrund fragt sich, wie er als Frau mit Männerblicken umgehen würde. „Ich glaube, das könnte ich nicht ertragen.“ Doch auch wenn Mädchen und Frauen Einschränkungen unterliegen, weniger Geld verdienen und sich mehr als Männer um ihre Sicherheit sorgen: Die jungen Frauen wollen ihr Geschlecht nicht tauschen, sondern als Frauen gleichberechtigt sein. „Ich möchte eine Frau bleiben, weil ich es mag“, so eine Teilnehmerin. „Geschlecht darf keine Grenze sein“. Für sie gilt: „Da wir keine Wahl haben, in welche Körper wir geboren sind, sollten wir für unser jeweiliges Geschlecht kämpfen.“

Doch wie viel Raum existiert für jene, die sich jenseits oder zwischen den binären Kategorien Mann und Frau definieren? Die Gruppe rund um das entsprechende Plakat ›Mensch*‹ artikuliert die Angst vor Diskriminierungen und Respekt vor der schwierigen Aufgabe, sich jeden Tag dem gesellschaftlichen Wunsch nach eindeutigen Zuordnungen zu widersetzen. „Das stelle ich mir sehr anstrengend vor“, merkt eine Teilnehmerin an. Als zentrales Anliegen nehmen sie mit, gemeinsam für eine Gesellschaft kämpfen zu wollen, in der weder Mann, Frau noch Mensch* über gesellschaftliche Vor- oder Nachteile nachdenken müsse. Noch ist dies Utopie, derzeit gehe es vor allem darum, Geschlechterverhältnisse intersektional zu betrachten: Männer, Frauen und Menschen* agieren in den unterschiedlichsten geschlechtlichen, sozialen und kulturellen Kontexten, die sich komplex überlagern. Entsprechend lautet die Leitfrage, die sie später in die Podiumsdiskussion einbringen: Wie kann politische Bildung diese intersektionale Diskriminierung noch stärker mitdenken, auch mit dem Ziel, Mädchen und Frauen stärker einzubinden? Dass es in diesem Punkt noch Defizite gibt, bestätigt Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap). In der Erwachsenen- und Jugendbildung müssten „verschränkte Ungleichheiten“ noch intensiver mitgedacht werden.



Foto: Sepehr Atefi

3. „Wie kann sich politische Bildung diverser aufstellen?“ ARBEIT UND LEBEN Hamburg

Vorstellungsrunde, Input, Kleingruppenarbeit, Diskussion – Lena Nising hat sich für den Workshop „Wie kann sich politische Bildung diverser aufstellen?“ viel vorgenommen. Für die zehn Teilnehmer*innen (von denen sechs Personalverantwortung haben) ist das kein Problem. Wie sich herausstellt, verfügen sie über eine Menge „Superkräfte“: Spontaneität, Empathie, Erfahrung als Person of Color, Fluchterfahrung, Beharrlichkeit, Erfahrung einer Kriegskindheit, Bodenständigkeit, Fähigkeit zur Selbstkritik und eine Zirkusausbildung. Lena Nising, selbst of Color, beginnt mit einem Flipchart, auf das sie typische Containerbegriffe wie „diskriminierungskritisch“, „rassismuskritisch“ und „diversitätssensibel“ geschrieben hat. Übersetzt bedeutet das, dass Organisationen der politischen Bildung für Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Antidiskriminierung sorgen und ihre Methoden, Angebote und Strukturen überprüfen müssten. Keine kleine Aufgabe, denn: „Öffnungsprozesse funktionieren nicht, indem wir einen neuen Stuhl dazu stellen. Wünschenswert wäre, dass alle aufstehen und die Stühle neu verteilen.“

Und wie kann das Verteilen aussehen? Zum einen, sagt Nising, müssten Diskriminierungserfahrungen in Organisationen anerkannt werden, denn: „Um aktiv an der Ermöglichung von Zugängen arbeiten, müssen wir auch auf die Barrieren zoomen.“ Dies könne etwa beinhalten, dass in Fortbildungen ein Lernen über Diskriminierungen erfolgt, Leitlinien für den Umgang mit diskriminierendem/rassistischem Verhalten erarbeitet werden, Ansprechpersonen benannt sind, ein Beschwerdemanagement etabliert wird. Wichtig sei auch der Grundsatz „Nothing without us, about us! Nichts ohne uns“; das heißt zum Beispiel, dass Projekte für Geflüchtete von Menschen mit Migrationserfahrung geleitet werden. Und es gehe um Powersharing: „einerseits von finanziellen Mitteln, aber auch in dem Sinne, dass Wissen geteilt wird, um andere zu professionalisieren.“ „Und was machen wir, wenn wir keine neuen Stühle dazu stellen können?“, fragt eine Teilnehmerin. Dann könne man im Kleinen anfangen, erklärt Nising: ein Podium oder eine Rede anders zu besetzen oder einen divers besetzten Projektbeirat zu bilden und dadurch neue Denk- und Handlungsperspektiven aufzuzeigen und einzubinden. Auch die Erweiterung des eigenen Netzwerks oder die Etablierung einer Antidiskriminierungspolitik sei in bestehenden Teams möglich. Und auch wenn sich nicht immer eine gesamte Organisation auf den Weg zu einer diskriminierungskritischen Öffnung macht, könnten einzelne Mitarbeiter*innen Dinge in ihrem eigenen Wirkungsfeld anders machen und dadurch zu einer Beschäftigung mit Veränderungsstrategien anregen.

Nach dem Input erörtern drei Murmelgruppen, was nötig war, um den heutigen Stand der Frauenförderung zu erreichen – und was, um ihn zu halten und zu verbessern. Die Erkenntnisse sollen auf Diversität übertragen werden. Als die Gruppen ihre Ergebnisse zusammentragen, halten sie u. a. eine Quote, einen gesetzlichen Rahmen und eine*n Diversitätsbeauftragte*n für notwendig. Außerdem zeigt der Vergleich mit der Frauenförderung: Vorbilder und Schutzräume sind wichtig. Anschließend sollen Strategien entwickelt werden, mit denen Organisationen politischer Bildung ihre Methoden, Teams und Strukturen diverser gestalten können. Da sich keine Gruppe für die Methoden findet, beschränken sich die Vorschläge auf Teams und Strukturen. So könne man „gezielt Menschen dazu holen, wenn man merkt, dass die Perspektive im Team fehlt“, oder klare Kriterien für Diversitätskompetenz in der Personalentwicklung anwenden. Der Blick auf die Strukturen ergibt, dass die Trägerlandschaft „noch zu homogen“ ist. Etablierte Träger könnten ihre Lobby dafür nutzen, andere Träger zu stärken. Zudem müssten selbstorganisierte Gruppen von Migrant*innen sich institutionalisieren können, wenn sie es wünschen. Wichtig bei all dem sei „die Haltung, divers werden zu wollen und dies als Handlungsauftrag an die eigenen Strukturen zu verstehen“.

4. „Gemeinsam stärker? Jugendhilfe und politische Bildung“ Klaus Waldmann, Coach und Prozessbegleiter

Unter dem Titel „Gemeinsam stärker. Zur Bedeutung von politischer Bildung für gesellschaftliche Teilhabe junger Geflüchteter im Kontext von anderen Angeboten der Jugendhilfe und Schule“ hat Klaus Waldmann, Coach und Prozessbegleiter, 2019 die Frage gestellt, wie politische Bildung und Jugendhilfe gemeinsam einer diversen Zielgruppe bessere Bildungs- und Teilhabechancen eröffnen können. Geführt wurden rund 20 Gespräche mit politischen Jugendbildner*innen, Kooperationspartner*innen und Hochschulexpert*innen, deren zentrale Erkenntnisse in einer separaten Broschüre erscheinen. Erste Ergebnisse der kleinen Studie wurden im Workshop präsentiert. Deutlich wurde, dass es vielfältige Kooperationen mit unterschiedlicher Qualität zwischen Akteuren der Jugendhilfe, anderen Bildungsträgern und der politischen Jugendbildung gibt. Zum Teil konnte auf bestehenden Beziehungen aufgebaut, an anderer Stelle konnten Netzwerke erheblich erweitert werden, in Hinblick auf spezifische Angebote war teilweise ein erheblicher Aufwand erforderlich, um die Planungen realisieren zu können.

Foto: Sepehr Atefi



Weiter stellte Waldmann die grundsätzliche Frage, ob die gängige Unterscheidung zwischen politischer Bildung und Jugendsozialarbeit – Erstere sei für Bildung und Letztere für „Bewältigung von Lebensherausforderungen“ zuständig – tragfähig sei. Waldmann: „Wahrscheinlich ist in der Praxis die Schnittmenge größer als üblicherweise in den Diskursen dargestellt.“ In den Gesprächen sei immer wieder betont worden, beide Handlungsfelder verfügten über gemeinsame Ziele, nämlich Persönlichkeitsstärkung, Ermöglichung von Teilhabe und Nichtdiskriminierung, zudem beriefen sich beide auf den Katalog der Menschenrechte – ein klassisches Feld politischer Bildung. Nicht förderlich für eine engere Kooperation sei in diesem Zusammenhang, dass sich die Grenzen zwischen den Disziplinen bis in die akademische Ausbildung von Sozial*arbeiterinnen/-pädagog*innen fortsetzten: „Obwohl die Dozent*innen sagen, Soziale Arbeit sei menschenrechtsbasierte Arbeit, spielt Demokratiebildung in der Ausbildung der Studierenden kaum eine Rolle.“

Als Kernproblem identifizierten die Workshop-Teilnehmer*innen die unterschiedlichen Fördersysteme. Eine weitere Herausforderung, die Waldmann nannte, ist eine ausbaufähige ausgeprägte Diversität in den Einrichtungen: „Vielfalt kann nicht nur über prekäre Honorarverträge zum Beispiel für Teamer*innen realisiert werden“. Außerdem stieß er auf das Problem mangelnder Begegnungen von Menschen mit und ohne Fluchthintergrund, vor allem weil Nichtgeflüchtete zu Veranstaltungen selten kämen. Die Trennung setze sich bis in die Schulen fort, wo geflüchtete Jugendliche in „Willkommensklassen“ oder ähnlichen Angeboten häufig unter sich blieben. Zentral für Kooperationen mit Schulen wie anderen Partnern nannte er „persönliche, verlässliche Kontakte“.

Waldmann plädierte zudem dafür, auch bei der Arbeit in diversen Milieus den Bildungsbegriff im Auge zu halten: „Auch wenn politisches und soziales Lernen zwei Seiten derselben Medaille sind, lässt sich nicht alles zu politischem Lernen überhöhen“. An dieser Stelle widersprach eine Teilnehmerin: „Wir brauchen einen weiten und neu belebten Politikbegriff“ – anderenfalls kämen die gewünschten Teilnehmer*innen eher nicht. Als Kompromiss schlug sie vor, in der Reflexion die Brücke zu einem engeren Politikbegriff zu schlagen – den „Politikbegriff in Praxis verteidigen“ nannte sie das. Mehrere Teilnehmende machten darauf aufmerksam, dass es in der Praxis mehr Zusammendenken von politischer Bildung und Sozialer Arbeit gäbe als häufig dargestellt. Was blieb, ist die später auch so ins Plenum getragene Frage, ob es nicht eine Reform der Förderstrukturen brauche; nicht nur, um die Grenzen zwischen politischer Bildung und Jugendhilfe zu überwinden, sondern auch um flexiblere Formate finanziert zu bekommen.

5. „Markt der Möglichkeiten“ Evangelische Jugend Nürnberg

Ob es einen fünften und offenen Workshop geben würde, war zu Beginn der Veranstaltung genau das: offen. Dorothee Petersen und die Gruppe „Jugendliche aktiv gegen Vorurteile“ hatten dann schnell ein Thema parat, das noch mehr Teilnehmenden auf den Nägeln brannte: Die Teamer*innen sind nach ihren Schulungen im Rahmen von „*Empowered by Democracy*“ ausgebildet, eine Reihe von jungen Menschen mit Fluchthintergrund bereit für die politische Bildungsarbeit. Doch wie geht es nun weiter? Sinn und Zweck des Workshops war der Blick nach vorne: Wie und wo können die Teamer*innen in Zukunft ihre Kompetenzen zum Einsatz bringen? Das war auch das Schwerpunktthema der anschließenden Podiumsdiskussion.





Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft gestalten

Nach den Workshops lud Ole Jantschek, Pädagogischer Leiter der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und Mitglied der Steuerungsgruppe, die Teilnehmenden ein, ihre Anliegen im Plenum mit den auf dem Podium vertretenen Akteuren des Projekts zu teilen: „Zum Abschluss wollen wir möglichst viele konkrete Anliegen festhalten, wie wir politische Bildung der Migrationsgesellschaft künftig gestalten können.“

Ein zentrales Anliegen der Teilnehmer*innen war es, im Kontakt zu bleiben, als Teamer*innen in der politischen Bildung tätig zu sein und mit den Erkenntnissen zu arbeiten. Dorothee Petersen forderte, die Teilnehmenden aus allen Ecken Deutschlands nun tatkräftig untereinander und mit den Trägern der politischen Bildung zu vernetzen und ans Werk gehen zu lassen. Dr. Karl Weber, Sprecher der „Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap“ (GEMINI) und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., sicherte zu, darauf zu achten, nach möglichen Verbindungen zu suchen, die Förderung passend machen: „Auch wir brauchen einen weiten Blick.“ Es müsse „viel mehr quergedacht“ werden. Hanna Lorenzen stimmte für die Evangelische Trägergruppe zu; nötig sei, sich um Freiräume zu bemühen: „Es braucht Themenoffenheit statt strikter Programme, außerdem Zeit – für Beziehungsarbeit, Vertrauensaufbau und längerfristige Projekte.“

In jedem Fall solle nach der Tagung die konkrete Arbeit mit den Teamer*innen weitergehen, so Roland Wylezol von der Jugendbildungsstätte Kaubstraße: Es genüge nicht, in der Bildungsarbeit inhaltlich die Perspektiven von geflüchteten Jugendlichen und Migrant*innen mitzudenken. „Wir müssen es schaffen, die Menschen, über die wir sprechen, in unsere Arbeit einzubeziehen und Platz und Ressourcen für sie zu schaffen.“ Er hoffe, dass die Teamer*innen noch viele Seminare durchführen werden, und das nicht allein auf ehrenamtlicher Basis. Vielmehr sei es wichtig, sie in feste Stellen zu bringen und strukturell in die Arbeit zu integrieren. Doch leider mache die Förderpolitik viele Ideen zunichte, da sie nicht auf Verstetigung angelegt sei.

Samir Colic vom Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN appellierte auch an die Teamer*innen, selbstbewusster aufzutreten. Sie seien nicht nur Übersetzer*innen, sondern politische Bildner*innen. „Ihr könnt etwas einfordern.“ Ihr Einsatz müsse jedoch weiterhin auch im Ehrenamt möglich sein, gab Weber zu bedenken. Konkrete Finanzierungszusagen für eine Verstetigung der Teamer*innen-Arbeit konnte auch Barbara Menke nicht machen. Doch sie zeigte sich immerhin „sicher, dass wir das Geld für einen zweitägigen Workshop auftreiben. Das sagen wir hiermit zu, weil wir sonst selber unglaublich werden.“ Damit sollte zumindest ein bundesweites Folgetreffen der ehren- und hauptamtlichen Teamer*innen stattfinden können. An die Träger der Jugendbildung appellierte sie: „Binden Sie alle Teamer*innen, die es möchten, mit Honoraraufträgen in Ihre Arbeit ein!“

Zum Abschluss hob Jantschek hervor, wie viel die beteiligten Verbände aus dem Projekt wie aus der Abschlussveranstaltung mitnehmen konnten, weil die Teilnehmer*innen immer wieder ihre Anliegen einbrachten und Herausforderungen benannten. Die Frage, wie Aushandlungsprozesse und eine demokratische Streitkultur Organisationen und eine Gesellschaft verändern, stand abschließend noch einmal im Fokus eines Vortrags.



„Die Rolle der politischen Bildung für Aushandlungsprozesse und eine demokratische Streitkultur in der Migrationsgesellschaft“

Prof. Aladin El-Mafaalani, Universität Osnabrück

Streit ist ein fruchtbarer Boden für Integration: Mit dieser These stößt Prof. Aladin El-Mafaalani, der 2018 das viel beachtete Buch „Das Integrationsparadox“ vorlegte, in der Gesellschaft durchaus auf Widerspruch. In seiner Keynote legte der Soziologe indes überzeugend dar, dass Gesellschaften neue Mitglieder nicht ohne Aushandlungsprozesse „an ihren Tisch“ lassen. Wer dort einen Platz einnimmt, so der Gedanke, hat es geschafft – doch dorthin ist es ein langer Weg. In der Migrationsgesellschaft sitze die erste Generation der Migrant*innen wie selbstverständlich am Boden, denn freiwillig gebe niemand seinen Platz am Tisch auf, so El-Mafaalani. Die zweite Generation dürfe in der Runde Platz nehmen, auch wenn es dann Streit um den schönsten Kuchen und die besten Plätze gebe. Die dritte

Foto: Sepehr Atefi



EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vermitteln.

EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vermitteln.

Politische Jugendbildung
und Teilhabechancen in der
Migrationsgesellschaft gestalten

Generation hingegen bringe das Grundverständnis ins Wanken: Sie stellt selbstbewusst die Wahl des Kuchens und die Regeln am Tisch in Frage und rüttelt an den Fundamenten des gesellschaftlichen Selbstverständnisses. In dieser Situation befinde sich Deutschland derzeit. „Das ist eine historisch einzigartige Situation“, so El-Mafaalani, der an der Universität Osnabrück einen Lehrstuhl für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft innehat. Und: „Wir haben keine Normalität mehr“. Einst Selbstverständliches habe sich aufgelöst; die neue gesellschaftliche Realität werde von einer sehr heterogenen und selbstbewussten Schar am Tisch diskutiert. Für Neuankommende stelle sich die Situation allerdings weiterhin schwierig dar: „Heute auf dem Boden zu sitzen ist eine Katastrophe, auch weil so viele bereits einen Platz am Tisch haben“, formulierte der Soziologe.

Doch entgegen der verbreiteten Wahrnehmung war früher nicht alles besser und die Gesellschaft geeinter, betonte der Soziologe. Im Gegenteil: „Wir leben in einer Zeit mit weniger Zwängen, weniger Tabus und weniger Unterdrückungsverhältnissen als je zuvor.“ Dass viele der Vergangenheit hinterhertrauern, liege daran, dass Zwänge und starre Überzeugungen auch über lange Zeit der Kitt waren, der die Gesellschaft zusammenhielt. Nun bröckelt dieser. Neuer Klebstoff, ein neuer Konsens müssten noch gefunden werden. Dieser könne durchaus – so paradox es klingen mag – der Streit sein: „Je mehr man streitet, desto gleichberechtigter ist man, desto mehr Teilhabe hat man.“

In diesem Prozess gewinne die Zivilgesellschaft an Bedeutung: Die Parteien sind laut El-Mafaalani von Beschleunigerinnen gesellschaftlicher Entwicklungen zu Bremsen geworden. Es liege an der Zivilgesellschaft, Visionen vorantreiben, sagte er und schlug den Bogen zur politischen Bildung, die solche Diskussionen erst ermögliche: „Sie war noch nie so wichtig wie heute.“ Abschließend gab der Redner einige Tipps für eine konstruktive Streitkultur mit auf den Weg: Man sollte über die Zukunft streiten, eine Vision etwa für das Jahr 2040 aushandeln. Das erhöhe die Chance, sich zumindest perspektivisch zu einigen. Ole Jantschek dankte für dieses starke Plädoyer für politische Bildung: „Das nehmen wir gern als Ansporn mit!“.

Berichte aus der Praxis



Train the Trainer on Tour: ein Barcamp für neue Teamer*innen

Laut und turbulent ist es am ersten Nachmittag des Seminars „Train the Trainer on Tour. Einblick – Durchblick – Weitblick“. Die rund 30 Teilnehmer*innen laufen im Raum umher und stellen sich gegenseitig Fragen: „Hast du Angst vor Spinnen?“, „Bist du in Deutschland geboren?“ oder auch: „Kannst du drei Superhelden nennen?“ Das etwas andere Bingo-Spiel zum wechselseitigen Kennenlernen ist nur eine der Methoden, die an diesem Wochenende vorgestellt und sogleich umgesetzt werden.

Die Teilnehmer*innen mit und ohne Fluchterfahrung, die im ersten Teil der Maßnahme zum Vernetzen, Austauschen und Lernen zusammenkommen, sind angehende Teamer*innen der politischen Bildung. Viele sind neu in der Bildungsarbeit, die meisten haben erste Qualifizierungsmaßnahmen in AdB-Mitgliedseinrichtungen besucht und sind nun dort im Team oder als Hospitant*innen im Einsatz.

Am ersten Abend steht neben dem Kennenlernen die Planung der kommenden zwei Tage auf dem Programm. Für den zweiten Tag ist ein Barcamp geplant. Dana Meyer, freie Trainerin und Referentin für politische Bildung in der Bildungsstätte Alten Schule Anspach (basa), führt in Aufbau und Regeln des Formats ein. Noch ist der Sessionplan für das Barcamp leer, aber bereits am ersten Abend werden erste Ideen diskutiert.

Der zweite Tag beginnt damit, die Sessions mit Leben zu füllen. Alle Teilnehmer*innen bringen unter dem Titel „Die Politische Bildung und Ich“ Themen ein, zu denen sie arbeiten, diskutieren oder ihr Wissen teilen wollen. Schließlich reicht das Angebot von Alltagsdiskriminierung über Warm-Up-Methoden bis zum Umgang mit Störungen in Seminaren. Als nächstes wird in den Sessions je 60 Minuten an einem Thema gearbeitet und das Besprochene sofort am PC dokumentiert. So sind die entstandenen Ergebnisse und Dokumentationen unter einem Link direkt für alle zugänglich. Am dritten Tag geht es noch einmal an die Themensammlung für den zweiten Teil der Fortbildung. Schnell wird auch hier klar, dass das Interesse breit und die Themen zahlreich sind. Doch zwei Favoriten sind schnell ausgemacht: Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung.

In der abschließenden Feedbackrunde gibt es viele positive Rückmeldungen zu Inhalten und Gestaltung des Barcamps. Hervorgehoben wird aber auch, wie bereichernd und wichtig der Austausch mit anderen angehenden Teamer*innen ist. Der Fortsetzung und Vertiefung, die im September in Weimar stattfinden wird, blicken alle freudig entgegen.



Foto: AdB

Die Idee für ein Format, bei dem sich einrichtungübergreifend neue und bereits länger aktive Teamer*innen austauschen, voneinander lernen und ihre Bedarfe für weitere Qualifizierung benennen, entstand bei einem Treffen der AdB-Fachgruppe Flucht und Migration 2018. Dort waren die Teilnehmenden übereinstimmend zu dem Schluss gekommen, dass es zu wenige Qualifizierungsformate für neue Teamer*innen gibt, die mit einem partizipativen Ansatz auch deren Bedarfe berücksichtigen.

„Train the Trainer on Tour“ wurde als Kooperationsveranstaltung von AdB, Europäische Jugendbildung- und Begegnungsstätte Weimar, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, dock europe, Heinrich-Böll-Stiftung Berlin-Brandenburg, Gustav-Stresemann-Institut und der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg entwickelt.



Multiplikator*innen-Schulung, Thema Menschenrechte

Anstatt über das verlängerte Wochenende in Urlaub zu fahren, nutzten 20 Teilnehmer*innen das Pfingstweekende, um an einer Multiplikatoren*innenschulung zum Thema Menschenrechte in der Akademie Klausenhof teilzunehmen. Die Gruppe setzte sich zusammen aus jungen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen wohnen und arbeiten. Viele der Teilnehmenden hatten eine internationale Geschichte.

Im Rahmen des Seminars wurden die Menschenrechte durch abwechslungsreiche und vielschichtige Methoden beleuchtet und die Erkenntnisse in Diskussionen vertieft. Als Grundlage wurden die Entstehungsgeschichte, die aktuelle Lage sowie Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Menschenrechte im internationalen Kontext in den Blick genommen. Insbesondere die persönlichen Erfahrungen und jeweiligen Lebensgeschichten der Teilnehmenden sorgten für einen lebendigen, interessanten Austausch, der viele Impulse und Ideen für die praktische Umsetzung lieferte.

Das Seminar richtete sich gezielt an junge Menschen, die in der politischen Bildungsarbeit tätig werden möchten. Die Teilnehmer*innen wurden dabei unterstützt, selbst Angebote zu Menschenrechten zu planen und durchzuführen. Neben der fachlichen und inhaltlichen Auseinandersetzung mit Menschenrechten wurde ein Fokus auf gruppendynamische Prozesse gelegt, um Kompetenzen für den Umgang mit Gruppen zu vermitteln. Schließlich stehen in der Arbeit mit Menschenrechten die Menschen im Mittelpunkt. Es gilt, die Dynamiken und Merkmale in unterschiedlichen Gruppierungen und Situationen zu erkennen und entsprechend auf sie einzugehen. Handlungs- und erfahrungsbezogene Methoden, gepaart mit einem theoretischen Hintergrund, sorgten hier für ein Basiswerkzeug.

Klassische Methoden für die Seminararbeit – von Kennenlernspielen bis zu verschiedenen Gruppentheorien – rundeten das Angebot ab. Um einen inhaltlichen und praktischen Bezug herzustellen, wurde das Thema „Menschenrechte“ bewusst als zentraler und durchgängiger Bestandteil des Seminars gewählt.

Deutlich wurde, dass die Teilnehmer*innen im Verlauf des Wochenendes schrittweise mehr und mehr Verantwortung bis hin zur aktiven Mitgestaltung des Seminars übernahmen. Der Schritt dahin, künftig eigene Inhalte vermitteln zu können, wurde bereits während dieser wenigen Tage. Unterstützt bei ihren Entscheidungs- und Reflexionsprozessen wurden die Teilnehmenden während des gesamten Seminars von einem pädagogischen Team. Auf die Bedürfnisse und Anregungen der Seminargruppe wurde prozess- und teilnehmendenorientiert Rücksicht genommen.

Bereits nach den vier Seminartagen waren Ideen für eigene Formate entwickelt und verfeinert. Erste Projekte standen in den Startlöchern, um das Thema „Menschenrechte“ in Nordrhein-Westfalen weiter zu verbreiten.

Die Multiplikator*innen-Schulung zum Thema Menschenrechte war ein Format der Akademie Klausenhof.



„Let’s talk about our interests“

„Wie kann ich aktiver Teil dieser Gesellschaft werden?“ „Wo kann ich mich mit meinen Potenzialen zum Gelingen eines besseren Miteinanders einbringen?“ – Mit diesen Fragen beschäftigten sich geflüchtete Schüler*innen aus Sprachlernklassen von zwei Bremer Berufsschulen im Rahmen der Seminarreihe „Let’s talk about our interests“ unter der pädagogischen Leitung von Grete Schläger. Während des gesamten Schuljahrs 2017/2018 tauschten sich die zwei Gruppen wöchentlich über Erfahrungen, Interessen und Bedarfe aus. Ziel der Seminarreihe war, die geflüchteten Jugendlichen darin zu unterstützen, den Herausforderungen des Lebens in einem neuen Land zu begegnen und Bewältigungsstrategien für ihren Alltag zu entwickeln. Durch die regelmäßige und kontinuierliche Zusammenarbeit von Teamenden und Gruppe entstand eine eindrucksvolle Mischung von intensiver pädagogischer Begleitung und politischer Bildungspraxis.

Zum Konzept gehörte die Unterteilung in drei Phasen. In der ersten wurde in einem intensiven Kennenlernprozess das nötige Vertrauen zwischen Teamenden und Gruppe geschaffen. Hierbei zeigte sich vor allem die Arbeit mit gemischten Teams von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung als wichtiges Element. In der zweiten Phase konnte trotz anfänglicher Sprachbarrieren ein vertrauensvoller und freier Austausch zu Themen wie Demokratie, Rassismus oder der eigenen politischen Situation in Deutschland stattfinden; auch Persönliches rückte in den Fokus. In Phase 3 konzipierten die Teilnehmenden selbst ein politisches Bildungsformat für ihre Mitschüler*innen: eine Workshop-Woche unter dem Titel „Wir und Die? Zusammen – Leben – Gestalten“, deren Schwerpunkt Fragen zu individuellen und gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen bildeten.

In dieser Workshop-Woche wurde vor allem der Wunsch nach mehr Begegnung deutlich. Als Ideen wurden gemeinsamer Sportunterricht mit deutschen Mitschüler*innen aus anderen Berufszweigen, Sprachtandems, Kochkurse und eine mehrsprachige Geschichts-AG genannt. Durch dieses besondere Workshopformat wurden die geflüchteten Jugendlichen zu Coproduzierenden der politischen Bildungsarbeit bei ARBEIT UND LEBEN und gestalteten diese im Kontext einer pluralen Migrationsgesellschaft mit.

Über den gesamten Zeitraum haben die Jugendlichen einen „Brief an einen unbekanntem Freund“ verfasst, der das Empowerment der Teilnehmenden eindrücklich deutlich macht. Er endet mit dem Resümee: „Wir haben festgestellt, wie wenig wir voneinander wissen, und uns alle gewünscht, mehr Zeit miteinander zu verbringen, um uns besser kennenzulernen und um voneinander zu lernen. Wir sind einstimmig zu dem Schluss gekommen, dass eine gemeinsame Zukunft nur möglich sein wird, wenn wir mehr übereinander wissen. Denn nur so können wir Vorurteile, falsche Vorstellungen voneinander und Ängste vor Unbekanntem abbauen. Wir würden gerne voneinander lernen, um zu erkennen, welche Stärken wir haben. Dann könnten wir gemeinsam stark sein.“

Für die pädagogische Bildungspraxis von ARBEIT UND LEBEN lag in der Langfristigkeit der Maßnahme im Rahmen von „*Empowerment by Democracy*“ eine Chance, die sich bewährt hat und fortgeführt werden soll. Um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, benötigt es Zeit und Geduld. Empowerment-Strategien können nur in einem entsprechenden Rahmen realisiert werden.

„Let’s talk about our interests“ war ein Veranstaltungsformat von ARBEIT UND LEBEN Bremen.

Foto: ARBEIT UND LEBEN Bremen





Eine interreligiöse WG auf Zeit

Zehn christliche und sechs muslimische junge Frauen lebten eine Woche lang unter einem Dach und probierten es aus: das gute Zusammenleben in Vielfalt. Tagsüber ging jede ihrem gewohnten Alltag nach; in der Uni, bei der Arbeit oder im Sprachkurs. Am Abend kamen alle zusammen, aßen, beteten, tanzten, diskutierten, lernten voneinander.

Im Verlauf der Woche erstellten die jungen Frauen gemeinsam einen Katalog von Kriterien, der beschreibt, was sie für ein gutes Zusammenleben in der Wohngemeinschaft – und damit auch für die Gesellschaft – als hilfreich empfinden. Ein Beispiel aus dem WG-Alltag:



Foto: Evangelische Jugend Nürnberg

Einige Teilnehmerinnen waren tagsüber zuhause, um für Schule oder Uni zu lernen. Wenn später am Tag die anderen Frauen in ihr „Zuhause auf Zeit“ zurückkehrten, wurde jede freundlich begrüßt und gefragt, wie ihr Tag war – und wenn nötig aufgeheitert. So kamen die Kriterien „Gesehen Werden“ und „Sich Aufheitern“ in den Kriterienkatalog. Diese warmherzige Atmosphäre war für viele Frauen wichtig, um sich den anderen Bewohnerinnen öffnen zu können. Eine Teilnehmerin sagte am Ende der gemeinsamen Zeit: „Eigentlich bin ich ja sehr schüchtern und erzähle nicht so viel von mir. Aber bei so viel Herzlichkeit kann man gar nicht anders.“ Um aufeinander zuzugehen und eine Willkommenskultur zu stärken, hilft also eine herzliche und sichere Atmosphäre. Diese kann auch in Maßnahmen der politischen Bildung gestärkt und befördert werden.

Um politische Themen ging es in der Frauen-WG recht häufig. So luden die jungen Frauen am Abend des 9. November – dem Tag der Reichspogromnacht – die Pfarrerin der Studierendenengemeinde ein und diskutierten, ob und welche Verantwortung Religionen in Gesellschaft und Politik haben, auch angesichts der ambivalenten Rolle der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus. An einem anderen Tag lasen die Teilnehmerinnen einen liberalen Text aus einer islamischen Zeitschrift zum Thema „Krieg und Frieden“ und sprachen in diesem Kontext über das Verhältnis von Politik und Glaube. Nicht für alle war politisches Engagement gleich wichtig oder mit dem Glauben verbunden. Dennoch war das Eintreten gegen Rassismus und Diskriminierung für alle eine klare Sache – nicht zuletzt, weil einige von ihnen davon direkt betroffen sind und dies auch zur Sprache kam. Dabei war es möglich, sich wertschätzend über die Perspektiven der Opfer und der manchmal hilflosen Zuschauer*innen auszutauschen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu ermutigen, gegen Rassismus aktiv zu werden

Voneinander lernen, Verständnis füreinander haben, die Fähigkeiten und Stärken der anderen schätzen: Vieles, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, um gut miteinander zu leben, haben sich die Teilnehmerinnen in der einwöchigen Wohngemeinschaft bewusst gemacht und noch einmal ganz neu schätzen gelernt. Die vielen Gespräche, die neuen Freundinnen, die anderen Sichtweisen – das sind alles Schätze, die die Teilnehmerinnen in ihre Lebenswelt zurücktragen und damit zu Brückenbauerinnen und Lotsinnen für ein gutes Zusammenleben werden.

Die „Interreligiöse Wohngemeinschaft“ war eine Veranstaltung der Evangelischen Jugend Nürnberg.

„Empowered by Democracy“: Was nehmen wir mit?

Als die bundesweit aktiven Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung ihre Kräfte bündelten, um gemeinsam auf die Herausforderung der verstärkten Fluchtmigration zu reagieren, konnten geflüchtete Jugendliche zwar unter einer Vielzahl von sportlichen, kulturpädagogischen und Sprachlernangeboten wählen. Angebote der politischen Bildung waren hingegen unterrepräsentiert und noch zu wenig bekannt in dieser Zielgruppe.

Anfang 2017 startete das Projekt „Empowered by Democracy“, um gute politische Bildungspraxis in diesem Feld sichtbar zu machen, weiterzuentwickeln und einen Beitrag zur Teilhabe der Neuzugewanderten zu leisten. Die Trägerschaft des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) gewährleistete, dass Projektergebnisse in den politischen Raum sowie in eine breite Fachöffentlichkeit getragen werden konnten. Dies war umso mehr geboten, als sich im Lauf des Projekts die öffentlich wahrnehmbare Stimmung gegenüber Geflüchteten zunehmend skeptischer artikuliert und Asylrechtsverschärfungen Teilhabechancen Geflüchteter weiter einschränkten.

Die am Projekt beteiligten Menschen haben vielfältige Erfahrungen gemacht und daraus verschiedene Schlussfolgerungen für ihre Arbeit und ihr Leben gezogen. Diese Vielfalt kann hier nicht vollständig abgebildet werden. Dennoch unternehmen wir den Versuch, einige Projektergebnisse zu formulieren, die aus unserer Sicht für die Weiterentwicklung der außerschulischen politischen Jugendbildung von Bedeutung ist.

Worauf kommt es also bei der politischen Bildung mit geflüchteten Jugendlichen an?

Nach unseren Erfahrungen unterscheidet sich Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen nicht grundsätzlich von der Arbeit mit anderen Zielgruppen. Schließlich sind auch geflüchtete Jugendliche zuallererst Jugendliche. Dennoch erfordert die Arbeit mit dieser Zielgruppe eine besondere Sensibilität für Heterogenität in der Teilnehmendengruppe, für Methodenauswahl, für Abläufe sowie für die eigene Haltung als politische*r Bildner*in.

Ausgangspunkt dessen ist zunächst die im Grunde banale Erkenntnis, dass die Zielgruppe in vielerlei Hinsicht divers ist: Geflüchtete Jugendliche kommen aus verschiedenen Ländern und von verschiedenen Kontinenten, mussten diese aus diversen Gründen verlassen, sprechen verschiedene Sprachen, gehören verschiedenen Religionen an, praktizieren ihren Glauben in unterschiedlicher Weise und bringen eine Vielfalt an Hoffnungen sowie politischen Vorstellungen mit. Dies verlangt den Anbieter*innen politischer Bildung eine Haltung ab, die diese Diversität als Ressource wertschätzt. Dazu gehört, dass sie in der Lage sind, den Teilnehmenden zuzuhören und eine inklusive Atmosphäre zu schaffen, in der sich alle willkommen fühlen.



Foto: Esteve Franquesa

Die Umsetzung dessen beginnt schon bei der Vorbereitung und der Ansprache potenzieller Teilnehmender einer Veranstaltung. An dieser Stelle ist die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und Brückenpersonen hilfreich, die mit geflüchteten Jugendlichen in Kontakt stehen und ihr Vertrauen genießen. Auch eine persönliche Ansprache ist zu empfehlen, um Vertrauen aufzubauen und mögliche Bedenken zu nehmen. So können Zugänge zu politischer Bildung geschaffen und eventuelle Teilnahmebarrieren abgebaut werden.

Dem Einstieg in eine Veranstaltung kommt ebenfalls eine besondere Bedeutung zu. So ist wichtig, ein Thema auszuwählen, das für alle Teilnehmenden gleichermaßen diskutierbar ist, so dass alle wechselseitig voneinander lernen können. Auch informelle Kommunikationsangebote im Rahmen von Veranstaltungen, bei denen ein zwangloses Kennenlernen möglich ist, sind von besonderem Wert. Das Aufgreifen der vorhandenen Mehrsprachigkeit im Seminar als Ressource und zur Erzeugung eines Klimas der Gleichwertigkeit ist zu empfehlen.

Im Projekt kamen verschiedene Ansätze der politischen Bildung zur Anwendung, darunter Menschenrechtsbildung, Demokratiepädagogik sowie biografische Bildungsarbeit. Ansätze aus benachbarten Praxisfeldern wurden hinzugenommen, vor allem aus der Antidiskriminierungsarbeit, dem Empowerment-Ansatz, der interkulturellen Pädagogik, der kulturellen Bildung, der Kunst-, Theater- und Erlebnispädagogik sowie der Medienbildung.

Bei der Methodenwahl stellte sich schnell als wichtig heraus, das Sprachniveau schon bei der Vorbereitung einer Veranstaltung zu berücksichtigen. Neben theaterpädagogischen Methoden und anderen kreativen Ansätzen, die sprachlich einen niedrigschwelligen Zugang ermöglichen, haben sich Übungen zur Stärkung der Kooperation und des Vertrauens als „Türöffner“ bewährt, um Zugänge zu politischen Bildungsprozessen zu schaffen. Eine produktorientierte Methodik erwies sich zudem als geeignet, um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu befördern. Die entstandenen Graffiti, Videos, Podcasts, Gedichte und vieles bezeugen Aneignungsprozesse von Ressourcen, die für Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Das (Selbst-)Vertrauen in die Fähigkeit, Dinge gestalten und sich kommunikativ ausdrücken zu können – auch wenn die Deutschkenntnisse eventuell noch gering sind – ist hier zentral.

Von besonderer Bedeutung waren zudem Methoden, die in Dialogformaten einen Perspektivwechsel ermöglichten. Jugendliche lernten in der Begegnung, dass es verschiedene – legitime – Blickwinkel auf ein Thema geben kann und entwickelten mehr Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen und Habitus. Dies ist eine Chance, Vorurteile abzubauen und der Entstehung von geschlossenen Dialogräumen vorzubeugen.

Den Bildungsinhalten sind prinzipiell keine Grenzen gesetzt – jedes gesellschaftspolitische Thema eignet sich für die Auseinandersetzung, wenn es an dem Alltag der Jugendlichen orientiert ist. Bei „Empowered by Democracy“ wurden geflüchtete junge Menschen gezielt als Expert*innen für das Zusammenleben in Deutschland angesprochen, und nicht allein als Expert*innen für Flucht und Migration. Besonders spannend war die Auseinandersetzung zu konkreten Fragen des Zusammenlebens im Hinblick auf Themen wie Gerechtigkeit in Schule oder Arbeitswelt, Gleichberechtigung und Geschlechterrollen, Familienbilder, Klimaschutz oder Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierungserfahrungen im Alltag.

Zu berücksichtigen in Bildungsprozessen mit geflüchteten Jugendlichen ist ihre Lebenssituation. Teilnehmende mit unsicherem Aufenthaltsstatus haben vielleicht Hemmungen, ihre Meinungen und Positionen offen in kontroverse Debatten einzubringen. Befürchtungen, anzuecken oder gar die Angst, bestimmte Positionierungen könnten Auswirkungen auf Aufenthaltsstatus oder die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben, können zu einem konformistischen Verhalten führen, das echte Auseinandersetzungen in politischen Bildungsprozessen unterläuft. Das Konzept der „geschützten Räume“ ist vor diesem Hintergrund bedeutsam, um den Teilnehmenden zu ermöglichen, ohne Rechtfertigungsdruck und Angst vor Diskriminierung persönliche Erfahrungen zu thematisieren und gemeinsame Anliegen zu formulieren.

Politische Jugendbildung macht sich zur Aufgabe, Jugendliche zu gesellschaftlichem und politischem Engagement zu ermutigen und Demokratie und Politik als veränderbar und gestaltbar zu begreifen. Damit geht einher, dass Jugendliche in Veranstaltungen dazu befähigt werden, die gelebte Realität mit den Ansprüchen und Rechten demokratischer Gesellschaften abzugleichen und eigene Handlungsoptionen zu thematisieren. Dies ist in der Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen insbesondere im Hinblick auf Menschenrechte sowie den Schutz vor Diskriminierung sehr bedeutsam.

In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen von „*Empowered by Democracy*“ diskutiert, inwiefern es bei der Konzeption der Veranstaltungs-Settings sinnvoll ist, geschützte Räume auch herzustellen, um Diversität zu begrenzen – etwa indem diese ausschließlich für weibliche Teilnehmende oder für People of Color zugänglich gemacht werden. Bewährt haben sich geschützte Räume für Veranstaltungen, die zum Ziel haben, dass sich bestimmte Gruppen anschließend erfolgreicher in demokratische Aushandlungsprozesse einbringen können. Um geschützte Räume herzustellen, ist unerlässlich, Multiplikator*innen aus der Community der Geflüchteten bei Konzeption und Umsetzung einzubeziehen. Im Verlauf des Projekts wurden an mehreren Standorten Qualifizierungsformate erarbeitet, die geflüchtete Jugendliche befähigen, als politische Bildner*innen aktiv zu werden. Dabei wurden ihre speziellen Bedarfe besonders berücksichtigt; die Formate boten viel Raum für selbstgewählte Themenschwerpunkte und legten Wert auf begleitende Beziehungsarbeit und die Gruppendynamik in den neuen Teams. Die Beteiligten traten damit in einen Veränderungs- und Entwicklungsprozess ein. Indem die Erfahrungen und Ansichten junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichten in die Angebotsentwicklung von politischer Bildungsarbeit einfließen, veränderten sie sich. Es entstanden konzeptionelle Innovationen, die Perspektiven von Zugewanderten von Anfang an einbeziehen und zur Qualitätsentwicklung der Angebote und Träger beigetragen haben.

Insgesamt hat die Selbstbeschreibung „Junge Geflüchtete“ über die vergangenen nahezu drei Jahre für viele Teilnehmende zunehmend an Relevanz verloren. Mit der Rückgewinnung von Kontrolle über das eigene Leben durch Schulbesuche, Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse kehrte für viele ein Stück Normalität ein. Deutlich wurde zudem: Geflüchtete Jugendliche wünschen sich, als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. In heterogenen Gruppen betonten Teilnehmer*innen mit und ohne Fluchterfahrung immer wieder ihre Gemeinsamkeiten. Die Träger schließen daraus, sich künftig weniger auf einzelne Zielgruppen zu konzentrieren – sondern mithilfe von diversitätsorientierten Zugängen die Herstellung heterogener und diversitätssensibler Interaktions- und Bildungsräume ins Zentrum zu stellen.

16. & 17. Mai 2019

Bonifatiushaus Fulda

4. Vernetzungstreffen

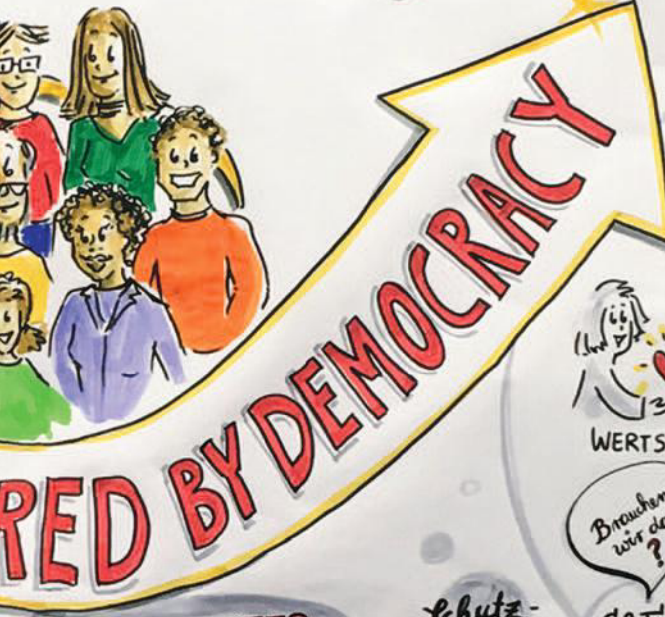


Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist: „Empowered by Democracy“ stand für die enge fachliche Zusammenarbeit von fünf bundesweit aktiven Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung (siehe Seite 57). Die Form der Kooperation war ein Novum in der Geschichte dieser Träger. Um auf die besondere Situation der verstärkten Flucht-migration seit 2015 mit einer kraftvollen gemeinsamen Initiative zu reagieren, bündelten sie ihre vielfältigen Ansätze und Zugänge. So wollten sie dem Anspruch gerecht werden, ihre Angebote für alle Jugendlichen zugänglich zu machen – insbesondere auch für jene, die neu in Deutschland sind, über geringe Deutschkenntnisse verfügen und die hiesigen demokratischen Teilhabemöglichkeiten noch nicht kennen.

Effekten im Projekt



EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vernetzen



EMPOWERMENT

Austausch
TEIL-NEHMENDE bestärken
JA!



WERTSCHÄTZUNG

Brauchen wir das?

FEEDBACK KULTUR

PEER EDUCATION

KONTINUITÄT



SOZIALE UNGLEICHHEIT



EINEN SCHRITT VOR
Vorwahlwahl → sensibler Umgang mit vorhandenen Rollen



BLUME der Sozialen Gruppen

Bedeutung von SCHULE & ELTERNHAUS



Für Hauptschüler gibt es keine Projekte & Ansprechpartner
Fehlen von Vitamin B

GESCHLECHTER-ROLLEN



BEWEGUNGS-THEATER

KREATIV ÜBER THEATER & POETIK ... TEXTE SCHREIBEN

Schutz-räume



SAFER SPACE

Wer hat mehr Rechte?

Maß an Freiheit

Wie sehen Männer Dinge? Wie sehen Frauen Dinge? KONFLIKT!

Wäbliche Teamende & männliche Teilnehmer

Gemischte Gruppen?

Ich mache plötzlich Lebensberatung

Wie lange sind glücklich und Teamer mit dabei?

Finanzielle Ebene Vergütung

sozialer Aspekt

Herausforderung

1000 € Leistung vom Staat?

Grenzüberschreitung beruflich & privat

Welche Anreize braucht es?

Für längerfristige Arbeit?

Studium Beruf



Terminplanung



Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!



Grafik: Janina Röhrig

In der Rückschau zeigt sich, wie sehr sich die gemeinsame Initiative bewährt hat: Rund 4.400 junge Menschen, unter ihnen 3.300 mit Flucht- oder anderweitigem Migrationshintergrund, haben an „Empowered by Democracy“-Maßnahmen teilgenommen. Insgesamt brachten 46 Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland ihre fachliche Expertise und ihre starken Netzwerke ein, um menschenfeindlichen Positionen mit Angeboten politischer Bildung für eine gestaltbare Demokratie und der Befähigung junger Menschen für die Wahrnehmung ihrer Teilhabechancen zu begegnen. Ohne die bestehende Infrastruktur der freien Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung mit ihren vielfältigen Wertebegründungen und Einrichtungen in urbanen Ballungsräumen wie ländlichen Räumen wäre das nicht möglich gewesen. Zentral war zudem, dass alle beteiligten Akteure mit großer Offenheit füreinander agierten, was wertvolle Austauschprozesse auf Vernetzungstreffen und anderen trägerübergreifenden Veranstaltungen schaffte.

Zur Sprache kamen in diesen Diskussionen immer wieder auch die Grenzen politischer Bildungsarbeit. Demokratische Teilhabe hängt nicht nur von der Motivation und den Kompetenzen der handelnden Personen und Gruppen ab. Nur wenn gesellschaftliche und politische Institutionen offen und inklusiv gestaltet sind, können marginalisierte Gruppen erfolgreich partizipieren. Das Gelingen einer teilhabeorientierten politischen Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen ist also auf ein entgegenkommendes Umfeld in Schule, Stadtteil, Betrieb und kommunalen Einrichtungen angewiesen.

Dazu gehört eine demokratische Kultur, in der Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegengetreten wird. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem andere unwidersprochen abgewertet und ausgegrenzt werden, können Projekte wie „Empowered by Democracy“ nicht erfolgreich sein. Um es in den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Rede vor dem Bundestag am 11. September 2019 zu sagen: „Wenn nicht klar ist, dass es in diesem Land null Toleranz gegen Rassismus, Hass und Abneigung gegen andere Menschen gibt, dann wird das Zusammenleben nicht gelingen“.

Jenseits dessen hat das Projekt gezeigt: Für ein gelingendes Zusammenleben braucht es die Zusammenarbeit verschiedener Akteure. Die beteiligten Einrichtungen öffneten sich für eine Vielzahl neuer Kooperationspartner, vor allem aus den Bereichen Schule, Migrant*innenselbstorganisationen (MSO), Kinder- und Jugendhilfe sowie ehrenamtliche Initiativen. Das war nicht nur wichtig, um Zugänge zu der Zielgruppe junger Geflüchteter zu schaffen. Bei den Empowerment-Maßnahmen stand insbesondere auch die gemeinsame konzeptionelle Arbeit mit MSO im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Diese erforderte mitunter viel Vorbereitungszeit und die wechselseitige Bereitschaft, unterschiedliche Arbeitsweisen einander anzunähern: Viele MSO arbeiten im Sinne einer Interessenvertretung mit politischen Zielen, während politische Bildungsprozesse subjektorientiert, kontrovers und ergebnisoffen angelegt sind.

Im Resümee erwies sich die Zusammenarbeit sowohl für Bildungsträger als auch für MSO sehr ertragreich: Die Bildungseinrichtungen konnten diese nutzen, um sich hinsichtlich ihrer pädagogischen Ansätze, Zielgruppen, Referent*innen und Kooperationspartner nachhaltig breiter und diverser aufzustellen; die MSO profitierten von fachlichem und organisatorischem Know-how und neuen Zugängen zu Ressourcen. So wurden zukunfts-trächtige Allianzen zur Weiterentwicklung einer diversitätsorientierten politischen Bildung geschmiedet, die nationalistischen und neovölkischen Ideologien einen Gesellschaftsentwurf entgegensetzt, in dem Menschen und gesellschaftliche Gruppen ohne Angst verschieden sein können.

Perspektiven der bundesweit aktiven Träger



Diversität schafft neue Chancen

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)

Als „*Empowered by Democracy*“ begann, waren Flucht und Migration sowie diversitätsorientierte Organisationsentwicklung keine neuen Themen im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB); einige Mitgliedseinrichtungen verfügten über langjährige Erfahrung in der Arbeit mit jungen Migrant*innen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder zentral, wie Bildungsangebote und Einrichtungen der politischen Bildung für alle in Deutschland lebenden Menschen zugänglich gemacht und bestehende Barrieren abgebaut werden können.

Die Erfahrungen und Bedarfe im AdB motivierten uns, gemeinsam mit unseren Partner*innen der politischen Bildung das Projekt „*Empowered by Democracy*“ umzusetzen. Die bereits vorhandene Expertise mit der Zielgruppe Geflüchtete Jugendliche beziehungsweise junge Migrant*innen machte es möglich, viele Themen erneut aufzugreifen und verstärkt in den Blick zu nehmen. Einrichtungen, die bisher wenig in diese Richtung gearbeitet hatten, begannen, sich um diese Zielgruppe zu bemühen. Diejenigen, die bereits viel Erfahrung hatten, konnten neue und weitere Formate erproben. Bereits im zweiten Projektjahr wurden geflüchtete Jugendliche zu Teamer*innen in der politischen Bildung qualifiziert. Auch hier gab es zuvor bereits Mitgliedseinrichtungen mit praktischen Erfahrungen, die diese trägerübergreifend mit den im Projekt beteiligten Einrichtungen teilen und so zu einem Wissenstransfer und Gelingen beitragen konnten.

Bei der Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung im Rahmen von „*Empowered by Democracy*“ und darüber hinaus zeigte sich deutlich, dass die Arbeit in heterogenen Gruppen mit hoher Diversität einen bereichernden Erfahrungsaustausch und Lernprozess für alle Teilnehmenden wie auch für die Bildungseinrichtungen bedeutet. Die Umsetzung gelingt insbesondere dann, wenn sich die Diversität auch bei den Teamer*innen widerspiegelt, die eine solche Maßnahme umsetzen.

Die Qualifizierung von geflüchteten Jugendlichen zu Teamer*innen der politischen Bildung hat im AdB auch einen Austausch darüber angestoßen, wie über das Projekt hinaus mehr Diversität in Teams erreicht werden kann. Einrichtungen, in denen dies bereits gut gelingt und die dadurch auch eine besonders heterogene Teilnehmendenschaft ansprechen, haben dies unter anderem auch deshalb erreicht, weil Mitarbeiter*innen in Leitungsfunktionen diesem Thema Raum gegeben haben. Andere Einrichtungen haben von diesen Erfahrungen lernen können. Hohe Synergieeffekte zeigten sich auch in der Zusammenarbeit des Projekts mit der Fachgruppe „Migration und Flucht“ des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“, unter anderem in der gemeinsamen „Train the Trainer“ Ausbildung, die erstmals verbandsweit stattfand.

Für den AdB war „*Empowered by Democracy*“ auf verschiedenen Ebenen ein großer Erfolg. Insbesondere freuen wir uns darüber, viele neue Gesichter in unseren Einrichtungen begrüßen dürfen, die unsere Bildungsarbeit als Teilnehmende wie als Seminarleiter*innen mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen bereichern.



Herausforderung Global Citizenship Education

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB)

Die AKSB ist seit langem in dem Bereich Migration und Asyl tätig; „*Empowered by Democracy*“ verstärkte diesen Schwerpunkt noch einmal. Schon die Titel der Seminare, die „Werte demokratischen Miteinanders“, „Islam im Plural“, „Deutschlands Zukunft gemeinsam gestalten“, „Migration und Würde“ lauteten, oder auch jener der Fachtagung „Religion und Politische Bildung“ machen den Bedarf an Austausch deutlich.

Gemeinsam war den Veranstaltungen die Ausgangsfrage von „*Empowered by Democracy*“: „Wie wollen wir in der Gesellschaft zusammenleben?“. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei das Ankommen und das Sich-Zurechtfinden der Menschen aus anderen Ländern in Deutschland. Fragen wie: Wie wollen wir miteinander leben?, Wie können die Prinzipien des Miteinanders in der Gesellschaft aussehen?, Was bringt die Zukunft in Deutschland?, Wofür lohnt es sich zu engagieren?, Was ist uns ein gutes Miteinander in Deutschland und in Europa wert?, waren Gegenstand der Seminare. Durch den Austausch über Werte und auf Basis der Erfahrungen der Teilnehmenden näherte man sich Antworten. Auch Religion spielte eine wiederkehrende Rolle in den Veranstaltungen. Als Gegenstand der politischen Bildung eignet sie sich gut, da im Sinne des Beutelsbacher Konsenses kontroverse Fragen im Zusammenhang von Religion aufgegriffen und aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden können.

Im Vordergrund des Projekts stand das gemeinsame Lernen. Zum einen konnten den Neuzugewanderten durch die Seminare die Verfassungswerte in Deutschland nähergebracht werden. Zum anderen wurde auch vermittelt, dass die Teilnehmer*innen dazu beitragen können, politische Ansichten zu prägen. Wichtig ist hierbei, sich über die verschiedenen Ansichten des Lebens auszutauschen und den Alltag zu teilen und so einen Einblick in das Leben des anderen zu bekommen.

Für die AKSB ist politische Bildung verknüpft mit der Gestaltung eines Miteinanders in einer pluralen Gesellschaft weltweit. Die unsicheren Bleibeperspektiven waren und sind eine große Belastung für die Teilnehmenden. Hier steht die politische Bildung in Deutschland vor einer besonderen Herausforderung. Global Citizenship Education (GCED) könnte an dieser Stelle eine Antwort sein. Diese vermittelt politisches Wissen ebenso wie Fähigkeiten, globale Herausforderungen zu verstehen und ihnen aktiv zu begegnen. Lernende sollen in die Lage versetzt werden, ein Zugehörigkeitsgefühl zur Weltgemeinschaft zu entwickeln, sich zu engagieren und eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, um einen Beitrag zu leisten zu einer friedlichen, gerechten Welt, in der ökologische Ressourcen bewahrt werden.

Unter diesem Anspruch konnte das Projekt erste Antworten geben. Die AKSB wird weiter aus den Erfahrungen lernen und die Herausforderungen der GCED für die Zukunft annehmen. Außerdem bot das Projekt „*Empowered by Democracy*“ für die AKSB als konfessioneller Träger die Möglichkeit, sich in Zukunft diverser aufzustellen. Und das bedeutet: Diverser in der Themen- und Methodenwahl – und auch diverser bei den Teamer*innen, die im Verlauf des Projekts qualifiziert wurden.



Empowerment beim Übergang von Schule zu Beruf

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL)

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL) setzte „*Empowered by Democracy*“ als Verbundprojekt gemeinsam mit sechs Landesarbeitsgemeinschaften und in insgesamt 49 Einzelmaßnahmen um. Der Fokus lag auf jungen Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die in besonderer Weise mit Bildungsbenachteiligungen sowie mit den Bedingungen in strukturschwachen, ländlichen Räumen zu kämpfen haben. In der letzten Projektphase lag ein Schwerpunkt auf Ausbildungs- und Arbeitsweltorientierung. Weil viele Flucht- und Migrationsgeschichten von der Aussicht auf gute und sichere Arbeits- und Lebensverhältnisse mitgeprägt sind, spielte neben „Arbeitswelt in Deutschland“ stets das Verhältnis eigener Zukunftswünsche zu lokalen Gegebenheiten eine Rolle.

In diversen mehrtägigen Workshopformaten wurde den mehrheitlich aus Berufsschulen kommenden Jugendlichen ein ganzheitlicher Ansatz geboten, der Elemente der Vermittlung von Grundwissen zur Arbeitswelt mit persönlicher Kompetenzförderung und individueller Beratung verband. Im Rahmen der Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen, unter ihnen von Abschiebung bedrohte, bedeutete dies immer auch eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Erwerbsarbeit sowie dem Arbeits- und Aufenthaltsrecht. Die Kluft zwischen strukturellen Barrieren und den Fähigkeiten der Teilnehmenden barg in den Gruppen wie unter den Teamer*innen Ernüchterungspotenzial. Zugleich bot der gemeinsame Austausch, in Kombination mit erlebnispädagogischen Elementen, die Gelegenheit des Empowerments im Sinne der Bewusstwerdung der jeweils eigenen Stärken innerhalb der Gruppe wie auch in Bezug auf Berufswünsche.

Indem gemeinsam darüber gesprochen wurde, welche gesellschaftlichen und biografischen Rahmenbedingungen veränderbar sind – und welche nicht –, gelang es, konkrete Beratung und Orientierung zu gesellschaftspolitischer und arbeitsbezogener Teilhabe zu bieten. Ein Beispiel dafür ist die Seminarreihe „Work in Progress – Empowerment für junge Geflüchtete im Übergang in die Arbeitswelt“.

Standen zu Beginn des Projekts noch die Themenkomplexe Flucht und Migration, im Besonderen die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunftsgeschichte, im Vordergrund, so wandelte sich das mit der Zeit in Richtung Gegenwart und Alltag in Deutschland. Die Mehrheit der jungen (ehemals) Geflüchteten sucht bewusst nach Anschlüssen, um diese Gesellschaft mitgestalten und dabei eigene Erfahrungen des Ankommens und Findens als Stärke einbringen zu können. Darin sehen wir eindrucksvoll ein Empowerment im Sinne der Verortung als partizipative Mitglieder dieser Gesellschaft.

Für AL hat das Projekt zu einem Zugewinn an Aktiven in unserer Bildungspraxis geführt; aus den prozesshaft angelegten Veranstaltungen konnten neue Teamer*innen gewonnen werden. Diesen Prozess wollen wir als Bundesarbeitskreis AL fortsetzen und mit unseren Landesorganisationen weiter begleiten. Dazu werden die Themen „Diversitätskompetenz“ und „Diversitätsakzeptanz“ innerhalb der Jugendbildung wie auch in der Organisationsentwicklung stringent weiterverfolgt. Auch die Vernetzung mit anderen Bildungsbereichen, etwa den Weiterbildungs- und Beratungsangeboten für ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den mehrjährigen Projekten zur Integrationsarbeit, geht weiter.



Zeit und Räume für das Zueinanderfinden

Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et)

Viele Fäden liefen bei der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) zusammen. Sie koordinierte die Zusammenarbeit der Akteure, stellte eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sicher und bündelte Erfahrungen und Ergebnisse des Projekts für den Wissenstransfer in die Fachöffentlichkeit. „*Empowered by Democracy*“ hat aber auch vielfältige Impulse in die et hineingetragen: Durch den Austausch mit anderen Bildungsträgern und die Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen mit vielfältigen Hintergründen konnten erfolgreiche Ansätze gestärkt und neue Themen und Formate entwickelt werden. Als wichtigen Erfolgsfaktor für die Anbindung junger Menschen mit diversen Hintergründen an eine Bildungseinrichtung nimmt die et die aktive Gestaltung persönlicher Beziehungen zu den Teilnehmenden nun verstärkt in ihre Arbeit auf.

Geflüchtete Jugendliche haben oft keine Vorstellung, was sie bei Angeboten der politischen Jugendbildung erwartet – übrigens genau wie viele ihrer nicht-geflüchteten Peers. Um sie zu gewinnen, ist entweder ein persönliches Kennenlernen im Vorfeld sinnvoll; oder die Zusammenarbeit mit Personen, die das Vertrauen der Jugendlichen genießen. Das kann die Sozialarbeiterin aus der Unterkunft, der Lehrer aus der Schule, ein ehrenamtlich Engagierter oder eine Aktivistin einer Migrant*innenorganisation sein. Im Rahmen des Projekts konnte die et ein großes Netzwerk an „Brückenpersonen“ und Kooperationspartnern etablieren und so die Zugänge zu geflüchteten Jugendlichen für die Teilnahme an politischen Bildungsmaßnahmen verstetigen.

Eine weitere Lehre lautet: Maßnahmen der politischen Bildung brauchen Zeit und Räume, um eine positive Gruppendynamik zu entfalten. Bei längerfristigen Angeboten ist wichtig, die Kommunikation nicht abreißen zu lassen. In Chat-Gruppen, aber auch bei Treffen im Café oder im Park können Informationen ausgetauscht und vor allem auch die Beziehungsebene gepflegt werden. Sehr zu empfehlen ist auch hier die Einbindung von Teamer*innen mit eigenen Migrationserfahrungen, die zusätzliche Beziehungsebenen eröffnen können. Eine große Bedeutung nimmt zudem die Zusammenarbeit mit Menschen ein, die regelmäßig mit den Teilnehmenden in Kontakt stehen. Aus diesem Grund hat die Evangelische Trägergruppe das Projekt dazu genutzt, ihr Bildungsangebot inklusiver zu gestalten und Kooperationen mit Trägern der Jugendsozialarbeit auszubauen.

Beziehungsarbeit birgt jedoch auch Herausforderungen: Sie ist aufwendig, die Grenzen zwischen dem privaten und beruflichen Bereich können verwischen, die Anforderungen an die Fähigkeit zur Selbstreflexion politischer Bildner*innen sind hoch. Und sie setzt die Bereitschaft voraus, sich auf die Teilnehmenden und ihre Persönlichkeit intensiv einzulassen. Hinzu kommt, dass Förderstrukturen politischer Bildung in der Regel auf zeitlich abgrenzbare Veranstaltungstage ausgerichtet sind und Beziehungsarbeit auch deswegen nicht selten in der Freizeit stattfindet. Für eine inklusive politische Bildung, die auch Jugendliche erreicht, die sich bisher häufig nicht von Angeboten politischer Bildung angesprochen fühlen, braucht es Raum, Zeit, eine stabile personelle Infrastruktur – und die finanziellen Mittel für Beziehungsarbeit.

Die Akteur*innen

Mitglieder der Steuerungsgruppe



Sebastian Bock
Stellvertretende Geschäftsführung
und Referent für Jugend- und Fortbildung
des Arbeitskreises deutscher
Bildungsstätten e. V. (AdB)



Ole Jantschek
Pädagogische Leitung der Evangelischen
Trägergruppe für gesellschaftspolitische
Jugendbildung (et)



Hanna Lorenzen
Bundestutorin der Evangelischen
Trägergruppe für gesellschaftspolitische
Jugendbildung (et)



Mark Medebach
Gesamtkoordinator von „*Empowered
by Democracy*“ bei der Evangelischen
Trägergruppe für gesellschaftspolitische
Jugendbildung (et)



Barbara Menke
Vorsitzende des Bundesausschusses
Politische Bildung (bap) e. V. und
Geschäftsführerin des Bundesarbeits-
kreises ARBEIT UND LEBEN e. V. (AL)



Dr. Karl Weber
Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke in der
Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB)



Mitglieder der Projektgruppe



Rebecca Arbter
Projektreferentin beim Arbeitskreis
deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)



Michaela Bode
Projektassistenz und Sachbearbeitung
bei der Evangelischen Trägergruppe für
gesellschaftspolitische Jugendbildung (et)



David Brixius
Projektreferent bei der Arbeitsgemein-
schaft katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
(AKSB), auch zuständig für die Projektkoor-
dination im Verband der Bildungszentren
im ländlichen Raum e. V. (VBLR)



Nadja Leimbach
Sachbearbeitung von „Empowered by
Democracy“ beim Bundesausschuss
Politische Bildung (bap) e. V.



Mark Medebach
Gesamtkoordinator von „Empowered
by Democracy“ bei der Evangelischen
Trägergruppe für gesellschaftspolitische
Jugendbildung (et)



Varinia Witek
Projektreferentin beim Bundesarbeitskreis
ARBEIT UND LEBEN e. V. (AL)

Die beteiligten Träger

Träger des Projekts „*Empowered by Democracy*“ war der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. Umgesetzt wurde das Vorhaben von den GEMINI-Mitgliedern Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR) und der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et). Letztgenannte hatte die Gesamtkoordination inne.



Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. ist ein Zusammenschluss der bundesweiten Verbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Gemeinsames Ziel der im bap versammelten Organisationen ist, sich für eine Stärkung und Weiterentwicklung politischer Jugend- und Erwachsenenbildung zu engagieren und die Interessen dieses Arbeitsbereichs gegenüber Politik, Behörden und der Gesellschaft zu vertreten. Im Herbst 2019 gehören dem bap insgesamt 24 bundesweit tätige Organisationen an. Weitere Informationen:

www.bap-politischebildung.de



Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB)

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB e. V.) ist die bundesweit tätige katholische Fachorganisation politischer Erwachsenen- und Jugendbildung. Als Dachorganisation katholischer Bildungseinrichtungen leistet sie einen Beitrag zur Festigung der Demokratie und zur Vermittlung christlicher Gesellschaftsethik. Sie repräsentiert rund 60 katholische Akademien, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände. Weitere Informationen:

www.aksb.de



Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung, z. B. Jugendbildungsstätten, Heimvolkshochschulen, internationalen Begegnungsstätten und Akademien der parteinahen Stiftungen. Der konfessionell und parteipolitisch nicht gebundene AdB bietet seinen Mitgliedseinrichtungen ein Forum für fachlichen Austausch, Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung. Weitere Informationen:

www.adb.de



Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, DGB/VHS e. V. (AL)

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL) ist eine Fachorganisation der politischen und sozialen Jugend- und Erwachsenenbildung. Träger sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV). Mit Landesorganisationen in den Bundesländern und ca. 130 lokalen und regionalen Einrichtungen sowie dem Bundesarbeitskreis als gemeinsamem Dach ist AL bundesweit präsent. Das Bildungsprogramm erreicht jährlich circa 300.000 Jugendliche und Erwachsene. Weitere Informationen:

www.arbeitundleben.de



Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et)

Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) koordiniert als bundesweites Fachnetzwerk die politische Jugendbildung der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) und der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. (EAD). Die et fördert die Entwicklung, Durchführung und Evaluation innovativer Projekte und versteht sich als Ort einer diskursiven Auseinandersetzung um zukunftsfähige Konzepte politischer Jugendbildung. Weitere Informationen:

www.politische-jugendbildung-et.de



Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e. V. (VBLR)

Der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR) vertritt die Interessen und die Bildungsarbeit von 44 Heimvolkshochschulen in ganz Deutschland. Er setzt sich für die Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raums durch Bildungsangebote ein, die auf die Besonderheiten der jeweiligen Region abgestimmt sind. Das Ziel der Heimvolkshochschulen ist es, Persönlichkeiten zu stärken und Gemeinwohl zu fördern. Weitere Informationen:

www.lernen-im-gruenen.de

Impressum

Herausgeber

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V.
Barbara Menke (bap-Vorsitzende)
Robertstr. 5a
42107 Wuppertal

Autor*innen

Seite 03: Hanna Lorenzen, Barbara Menke (Vorwort)
Seite 10: Mark Medebach (Was politische Bildung zu Empowerment beitragen kann)
Seite 14: Jeannette Goddar, Dr. Petra Krimphove, Beate Krol (Politische Bildung mit geflüchteten Jugendlichen: Die Abschlusskonferenz)
Seite 37: Rebecca Arbter (Train the Trainer on Tour: ein Barcamp für neue Teamer*innen)
Seite 39: David Brixius, Meike Unland (Multiplikator*innen-Schulung, Thema Menschenrechte)
Seite 40: Grete Schläger, Varinia Witek („Let’s talk about our interests“)
Seite 42: Dorothee Petersen (Eine interreligiöse WG auf Zeit)
Seite 44: Mark Medebach („*Empowered by Democracy*“: Was nehmen wir mit?)
Seite 51: Rebecca Arbter, Sebastian Bock (Diversität schafft neue Chancen)
Seite 52: David Brixius, Dr. Karl Weber (Herausforderung Global Citizenship Education)
Seite 53: Samir Colic (Empowerment beim Übergang von Schule zu Beruf)
Seite 54: Hanna Lorenzen, Mark Medebach (Zeit und Räume für das Zueinanderfinden)

Redaktion

Rebecca Arbter, Sebastian Bock, David Brixius, Samir Colic, Jeannette Goddar, Ole Jantschek, Hanna Lorenzen, Mark Medebach, Barbara Menke, Dr. Karl Weber, Varinia Witek

Lektorat: Jeannette Goddar, Andrea Müller

Layout: Kerstin John – Kommunikationsdesign, Berlin

Druck: Spree Druck Berlin GmbH

Stand: November 2019, 1. Auflage

V.i.S.d.P.

Barbara Menke

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.



EMPOWERED BY DEMOCRACY

Stärken. Bilden. Vernetzen.



*Es geht darum, Ideen,
die noch eine Utopie sind,
gemeinsam zu entwickeln.*

Maria Wigbers (ARBEIT UND LEBEN NRW)

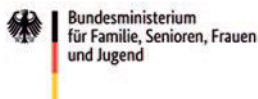


Projektträger



Förderer

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert durch die

